

## Wortprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation**

2. Sitzung  
13. März 2017

Beginn: 11.34 Uhr  
Schluss: 14.06 Uhr  
Vorsitz: Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Wir kommen nun zu

#### Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Wo steht Berlin? Stärken nennen und Defizite  
identifizieren**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0001](#)  
BuergEnPart

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Lage und Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0006](#)  
BuergEnPart

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist eine Anhörung vorgesehen. Wird ein Wortprotokoll gewünscht? – Das ist der Fall, dann ist das so beschlossen. Zur Begründung des Tagesordnungspunkts 2 a hat der Abgeordnete Friederici für die CDU-Fraktion das Wort. – Bitte sehr!

**Oliver Friederici (CDU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich mache es kurz: Die Unionsfraktion möchte mit dieser Anhörung bewirken, zu Beginn der gemeinsamen Arbeit in diesem neu gegründeten Ausschuss einen einheitlichen Überblick zu erhalten. Deshalb haben wir dieses Thema auf die heutige Tagesordnung gesetzt. Wir sind froh darüber, dass alle anderen Fraktionen das auch so gesehen haben. Um einen Eindruck von dem weiten Spektrum dieser Thematik zu erhalten, ist es wichtig, dass wir einen großen Kreis von Anzuhörenden haben, um zu erfahren, wo die Stärken und Defizite bei der Arbeit liegen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Wer möchte den Tagesordnungspunkt 2 b begründen? – Bitte, Frau Radziwill, Sie haben das Wort!

**Ülker Radziwill (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch ich möchte Sie alle herzlich willkommen heißen, insbesondere unsere Anzuhörenden! Wir möchten uns mit Ihnen, ergänzend zum Tagesordnungspunkt der CDU, nicht nur über die Defizite, sondern auch über die Perspektiven austauschen, was das bürgerschaftliche Engagement in Berlin angeht. Wir als Koalitionsfraktionen sind der Auffassung, dass das bürgerschaftliche Engagement, sich ehrenamtlich zu engagieren ein besonderer Wert an sich und für Berlin sehr wichtig ist. Wir möchten perspektivisch schauen, wie wir das noch stärker unterstützen können und welche Empfehlungen Sie uns aus Ihrer Sicht – deshalb führen wir die heutige Anhörung durch – für die Politik, für die politische Handlung mit auf den Weg geben. Wir freuen uns auf diesen Austausch!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Wir kommen nun zur Anhörung. Ich schlage vor, dass wir in alphabetischer Reihenfolge vorgehen. Sie haben eine Redezeit von jeweils ca. fünf Minuten. Ich hoffe, dass Ihnen diese Zeit ausreicht. Wir machen zunächst eine Runde mit Ihnen allen, wobei ich dann gleich Fragen zulassen würde, damit wir schnell in einen Austausch kommen. Es beginnt Herr Großmann, Landesbeauftragter der Freiwilligen Feuerwehren Berlins. – Bitte, ich erteile Ihnen das Wort!

**Lutz Großmann** (Landesbeauftragter der Freiwilligen Feuerwehren Berlins): Ich möchte mich zunächst einmal für die Einladung bedanken. Ich freue mich, dass ich über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehren in Berlin berichten darf. – Wie Sie wissen, ist die Freiwillige Feuerwehr eine der ältesten Bürgerbewegung in diesem Land. Wir verfügen in Berlin über 57 Freiwillige Feuerwehren, die in die Freiwillige Feuerwehr Typ A und Typ B aufgliedert sind. Wir haben also Freiwillige Feuerwehren, die innerhalb von vier Minuten nach Alarmierung ausrücken müssen, das sind die Wachen Typ A. Typ B sind Freiwillige Feuerwehren, die sich zumeist an den Standorten von Berufsfeuerwachen befinden und eine Verfügbarkeit von 30 Minuten haben. Innerhalb des Stadtgebiets sind wir mit unseren Standorten sehr dicht ge-

setzt, sodass die Freiwilligen Feuerwehren des Typs A in der Regel eigene Ausrückbereiche haben, sprich: Die Fahrzeuge, die dort alarmiert werden, werden rund um die Uhr, 24 Stunden lang als erstes Einsatzmittel von der Leitstelle in den Einsatz geschickt. Daran ist zu ermes- sen, welche Rolle die Freiwillige Feuerwehr im Sicherheitsgefüge dieser Stadt spielt.

Wir haben, auch vor dem Hintergrund der Geschehnisse, die uns im Dezember heimgesucht haben, die Möglichkeit, innerhalb der Verfügbarkeit ein Potenzial von ca. 500 bis 600 Ein- satzkräften zur Verfügung zu stellen. Für die Gesamtzahl der Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren in Berlin, deren Mitglieder sich auf 1 450 beziffert, ist das eine immense Lei- stung, da wir wirklich schnell verfügbar sind. Wir haben keine Vorwarn- oder Rüstzeiten von zwei, drei Stunden, sondern wir sind – salopp gesprochen – für größere Schadenslagen in ei- nem Zeitraum von einer knappen halben Stunde bis einer Stunde verfügbar, mit der Perspek- tive, dass wir auch intern Personal ablösen können. Das macht insgesamt die Stärke der Berli- ner Feuerwehr aus, weil wir uns da sehr gut ergänzen. Dieses System ist ein Geben und Neh- men innerhalb der Berliner Feuerwehr. Dadurch sind wir in die Lage versetzt, auch größere Schadenslagen innerhalb Berlins personell zu organisieren und darüber hinaus auch noch Re- serven zu bilden. – So viel zu den Stärken, über die die Freiwillige Feuerwehr verfügt.

Über die Defizite ließe sich lange debattieren. Wir alle wissen um die finanzielle Situation, in der sich das Land Berlin jahrelang befunden hat und auch jetzt noch befindet. Wir machen auch da Fortschritte, um die Arbeit der ehrenamtlichen Kameradinnen und Kameraden zu verbessern. Das beobachten und begleiten wir aus unserer Funktion heraus seit einigen Jah- ren. Dazu muss man konstatieren, dass diese Hilfe und Unterstützung stetig zugenommen hat und noch immer zunimmt und dass man berlinweit den Wert erkannt hat, den das Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr innerhalb der Stadt darstellt. – Das war ein kurzer Umriss in fünf Mi- nuten. Wenn Sie Fragen haben, stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank, Herr Großmann! Es wird nach dieser Runde noch eine Fragerunde geben. – Es hat nun Herr Dr. Kappelt, Vorsitzender des Fried- rich-Bödecker-Kreises in Berlin das Wort. – Bitte sehr!

**Dr. Olaf Kappelt** (Friedrich-Bödecker-Kreis in Berlin e. V. i. G.; Vorsitzender): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren! Der Koalitionsvertrag zur Bil- dung des Berliner Senats vereinbarte, Berlin als Literaturstandort zu stärken, indem die Förde- rung für die Literaturszene besser aufgestellt und auskömmlich finanziert werden soll. Ebenso wird die Unterstützung außerschulischer Lernorte und zivilgesellschaftlichen Engagements in Aussicht gestellt, indem die Regierungskoalition finanziell den Ausbau lokaler Bildungsträger fördern will, um die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Der Friedrich-Bödecker-Kreis gehört in Berlin bisher nicht zu den vom Berliner Senat geförderten zivilgesellschaftlichen Institutionen, obwohl in anderen Bundesländern der Friedrich- Bödecker-Kreis sich teilweise seit über 60 Jahren erfolgreich und nachhaltig um die Stärkung der Lese- und Schreibkompetenz von Kindern und Jugendlichen betätigt.

In allen Bundesländern und seit Dezember 2016 nun auch in Berlin haben sich rechtlich ei- genständige Friedrich-Bödecker-Kreise gebildet, um Kindern und Jugendlichen zu helfen, ihre Lese- und Schreibkompetenz zu entwickeln. Dabei wird dem Prinzip des ehrenamtlichen Engagements große Bedeutung beigemessen. Leseförderung gilt es als substanziellen Teil von Bildungsförderung zu begreifen, der zu den potenziellen Kernaufgaben ehrenamtlichen Engagements

gements gehört. Es bedarf in der Leseförderung eines ehrenamtlichen Engagements. Der Friedrich-Bödecker-Kreis Berlin basiert auf dem freiwilligen Helfen Einzelner und ist Teil des zivilgesellschaftlichen Handelns im öffentlichen Raum. Er hat sich der deutschen Les- und Sprachkompetenz verschrieben. Dabei gilt es, Lesemotivation und Lesefreude zu fördern durch Konzepte, die das Lesen mit anderen Aktivitäten verbinden, beispielsweise in bezirklichen Leseklubs und Lesestuben oder in Tierheimen und Bibliotheken oder durch Autorenbegegnungen, wo jenseits von konventionellen Bildungsinstitutionen außerschulische Freiräume geschaffen werden, die eine Atmosphäre bieten, die das Lesen im Leben der Kinder fördern. Ehrenamtliche Vorleser sind eine bedeutsame Hilfe für ein Programm, das gezielt Milieus anspricht, wo Bildungsbarrieren überwunden werden müssen.

Durch Landes- und teilweise auch durch Bundesmittel werden die Friedrich-Bödecker-Kreise in den Stand versetzt, um auf breiter Basis in die ehrenamtliche Leseförderung einzusteigen. In allen anderen Bundesländern – nur nicht in Berlin – erfolgt durch öffentliche Auftraggeber neben einer Projektförderung auch eine institutionelle Förderung des Friedrich-Bödecker-Kreises. Es wäre wünschenswert, das Defizit in der Berliner Leseförderungsszene zu beseitigen, damit auch in Berlin der Verband in die Lage versetzt wird, ehrenamtliche Mitarbeiter anzuwerben und zu schulen. Das ehrenamtliche Engagement in der Leseförderung gehört zu den Kernbereichen des Friedrich-Bödecker-Kreises.

Wie bitter notwendig dieses bürgerschaftliche Engagement in Berlin ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen. Etwa 500 000 der Berliner im Erwachsenenalter zwischen 18 und 64 Jahren sind nach einer wissenschaftlichen Studie als funktionale Analphabeten zu bezeichnen. Gemäß dieser Studie können 14,5 Prozent der Bürger Texte nicht richtig verstehen und nicht richtig schreiben. 17,5 Prozent der 16- bis 65-Jährigen wären demzufolge maximal in der Lage, kurze Texte mit einfachem Vokabular zu lesen und ihnen in stark begrenztem Maße Informationen zu entnehmen. Ein erheblicher Teil der jüngeren Erwachsenen in Berlin, die selbst nicht richtig lesen und schreiben können, sind Eltern von Kindern. Es gilt, sie zum Lesen zu motivieren und ihnen durch praktische Maßnahmen einen Zugang zu besseren Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Selbst unter den 15-Jährigen hat ein Großteil Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben, und ein hoher Anteil der Schülerinnen und Schüler in der vierten Grundschulklasse erreicht im Lesen kein ausreichendes Leistungsniveau.

Unter unseren Kindern in Berlin wächst eine neue Generation heran, die in hohem Maße eine mangelnde Lesekompetenz aufweist. Diesen Kindern fehlt durch ihre mangelnde Lesefähigkeit die Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und Berufszugang. Deshalb ist eine umfassende Förderung der Lesemotivation und Lesekompetenz von Kindern und Jugendlichen erforderlich. Die Schulen und Bildungseinrichtungen allein können diese Aufgabe nicht lösen, besonders dann nicht, wenn das Lesen im Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen nicht verankert ist. Bei Kindern, die zweisprachig aufwachsen, sowie bei Kindern aus bildungsfernen Familien, insbesondere mit Migrationshintergrund, verschärft sich das Problem. Rund jedes dritte Kind im Alter von 2 bis 8 Jahren bekommt nur selten oder nie von den Eltern vorgelesen, wobei bei bildungsfernen Eltern die Gefahr steigt, dass den Kindern nicht vorgelesen wird. Deshalb müssen den Kindern verstärkt in allen Lebenswelten Vorleseangebote unterbreitet, müssen ehrenamtliche Helfer ausgebildet und eingesetzt werden.

Notwendig ist eine Vielzahl an Angeboten und Trägern, um die Defizite im Lese- und Schreibvermögen unserer Kinder zu beseitigen. Der Friedrich-Bödecker-Kreis Berlin bietet eine neue Perspektive in diesem bürgerschaftlichen Engagement.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank, Herr Dr. Kappelt! – Das Wort hat jetzt Frau Schaaf-Derichs, Geschäftsführerin der Landesfreiwilligenagentur Berlin. – Bitte sehr!

**Carola Schaaf-Derichs** (Landesfreiwilligenagentur Berlin e. V.; Geschäftsführerin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses! Besten Dank für die Gelegenheit zur Anhörung. Ich habe etwas vorbereitet, zusammenfassend zu dem Papier, das ich Ihnen schon weitergeleitet habe. Ich fasse aber auch diese Präsentation nach Möglichkeit zusammen.

Eine Vorbemerkung: Unsere Kommentare kommen aus einer 25-jährigen Praxis als Landesfreiwilligenagentur. Die Äußerungen, die ich jetzt einbringen werde, sind durchaus abgestimmt mit den Sprecherinnen und Sprechern der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Berlin sowie denen des Landesnetzwerks Bürgerengagement Berlin. Wir bilden zurzeit einen Rat der Engagementnetzwerke, um engagementpolitische Aspekte zu bündeln.



### **Vorbemerkung:**

- Beitrag entstand aus vielfältigen **Praxisbezügen** der Arbeit der Landesfreiwilligenagentur Berlin
- Die Position wurde im Vorfeld mit den **Sprecher\_innen der LAG Freiwilligenagenturen Berlin sowie denen des Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin abgestimmt**



**Stärken – Defizite – Perspektiven  
In Bezug auf  
bürgerschaftliches Engagement in Berlin**

**Für ein System der Förderung von  
bürgerschaftlichem Engagement in Berlin**

Carola Schaaf-Derichs, Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V.

Anhörung BuergEnPart-13.03.2017\_Schaaf-Derichs-LFA

1

Ich habe mir erlaubt, das Thema in drei Teile aufzuteilen und komme zunächst zu den Stärken des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin. Ich werde mich kurzhalten, was aber nicht mindern soll, dass wir natürlich voller Überzeugung hinter den Errungenschaften in Berlin stehen.

Berlin hat ein sehr wandelbares und vielfältiges Großstadtmilieu sowie ein enormes Maß an Hilfsbereitschaft. Die große Initiativkraft ist auch historisch begründet. Es gab viele Gründungen in Berlin. Sowohl der Arbeiter-Samariter-Bund als auch der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband haben sich hier gegründet. Die Graswurzelbewegung war in Berlin sehr intensiv, die Selbsthilfe wurde hier geschaffen, und das soziale Ehrenamt hat sich schon in den Achtzigerjahren sehr gestärkt.

Im UNO-Jahr der Freiwilligkeit 2001, das sei noch mal vermerkt, hatten wir als aktive Bürgergesellschaft die Möglichkeit, einige Wünsche und Bedarfe aus einer sich vernetzenden Szene heraus zu etablieren – Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit, Politik, Praxisdiskurse und den Kooperationsgedanken. Daraus hat die Landesfreiwilligenagentur eigene Formate geschaffen, die Ihnen sicherlich bekannt sind.



## **I. Stärken des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin:**

- Wandelbares und vielfältiges Großstadtmilieu – Hilfsbereitschaft
- Große Initiativekraft – viele Gründungen, Entwicklungen im Feld des bürgerschaftlichen Engagements (Verbände, Graswurzel-Bewegung, Selbsthilfe, soziales Ehrenamt)
- UNO-Jahr der Freiwilligkeit 2001: Start für die Umsetzungen von Wünschen und Bedarfen einer sich vernetzenden Bürgergesellschaft:
  - Kampagnen und ÖA
  - Politik-Praxis-Diskurse
  - Kooperationsgedanke

Anhörung BuergEnPart-13.03.2017\_Schaaf-Derichs-LfA

3

Wenn wir jetzt einen Schritt weitergehen, kann ich nur sagen: Berlin hat – als Stärke – auf jeden Fall immer auch eine Modellprojektstadt für soziale Innovationen dargestellt. Ich erinnere an ein Projekt, das heute auch wieder von Interesse wäre: „Erfahrungswissen Älterer nutzen“ ist in den Achtzigerjahren gegründet worden, und bis heute bestehen einige der Initiativen immer noch fort, trotz extremer Finanzengpässe. Der Berliner Freiwilligen-Pass ist für mich ein Beispiel, das in einer Periode produktiver Koproduktion entstanden ist, wo Staat und Gesellschaft an einem Tisch und auf partnerschaftlicher Augenhöhe zusammengearbeitet haben. Gleichzeitig hat sich auch die Berliner Bürgergesellschaft immer mehr assoziiert. Das war genau die Zeit – 2000 bis 2004 –, in der auch das Landesnetzwerk Bürgerengagement gewachsen ist und vieles andere mehr.

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen: Die Übernacht-Erennung des Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement – Sie erinnern sich vielleicht, Herr Wowereit hatte eine Pressemitteilung herausgegeben – wurde durchaus auch von der aktiven Bürgergesellschaft als Umsetzung eigener Wünsche empfunden.

Hier möchte ich noch einen Sprung in das aktuelle Feld machen: Mit dem Sommer 2015 trat eine neue Form von Spontanengagement für Geflüchtete auf den Plan, mit dem die staatlichen Akteure zunächst nicht Schritt halten konnten. In der Aufarbeitung der Gesamtsituation 2016 und der Etablierung des Masterplans mit den vielen Umsetzungsformen, die darin enthalten sind, wurde meines Erachtens eine wichtige und zukunftsweisende Infrastrukturentwicklung in Form der Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren in den Unterkünften von Geflüchteten entwickelt und etabliert. Im Rahmen eines Projekts, das wir führen dürfen – Beratungsforum Engagement für Geflüchtete –, unterstützen wir diese Entwicklung mit einer Fachplattform und Vernetzungen und sehen hierin eigentlich die wichtigsten Zukunftsaufgaben.



Schließlich möchte ich beim Thema Stärken unbedingt erwähnen: Der Koalitionsvertrag, auf den ich in meinem Papier wesentlich ausführlicher geantwortet habe und der noch einmal mit den wichtigsten Strukturaspekten in der Powerpoint-Präsentation benannt wird, spricht viele wichtige Entwicklungsschritte für bürgerschaftliches Engagement an. Allerdings sehen wir es durchaus als gegeben an, dass auch hier noch ein konzertiertes Vorgehen benötigt wird – ich würde das gern als System bezeichnen; wir kommen gleich noch darauf zurück.



**Landesfreiwilligenagentur Berlin**

Treffpunkt Hilfsbereitschaft

### **Fortsetzung Stärken:**

- Berlin als Modellprojektstadt für soziale Innovationen (z.B. Erfahrungswissen Älterer nutzen uam.)
- Berliner FreiwilligenPass: entstand in einer Periode produktiver Koproduktion zw. Staat und Bürgergesellschaft (2004ff)
  - Beauftragte(r) für bürgerschaftliches Engagement 2005
  - Sehr überzeugte und langjährig tätige Engagierte, riesige Engagementbereitschaft für Geflüchtete
- Installation der Ehrenamtskoordinator\_innen für Geflüchtete
- Koalitionsvertrag von R2G: Strukturförderung der Freiwilligenagenturen, Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement in den Bezirken, Partizipations-Frage als Standard in allen Sach- und Fachgebieten

Anhörung BuergEnPart-13.03.2017\_Schaaß-Derichs-LFA

4

Damit komme ich auch schon zum zweiten Punkt – zu den Defiziten, die wir im bürgerschaftlichen Engagement in Berlin festgestellt haben. Es gibt eine Kultur des Wohlwollens für das bürgerschaftliche Engagement, aber wir haben ein Problem mit den strukturbildenden engagementpolitischen Schritten. Nach dem Jahr 2000 konnte die Berliner Engagementpolitik aus Sicht der Zivilgesellschaft schwer als strukturgebendes Handeln erfahren werden. So braucht zum Beispiel die Position der Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement aus unserer Sicht mehr Klarheit, mehr kooperative Strukturen und zwar sowohl nach innen, in die Verwaltung und Politik hinein, als auch nach außen. Wir erinnern uns noch daran, wie der damalige Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement, André Schmitz, das Landesnetzwerk Bürgerengagement mit den Worten begrüßte: Nun hat das bürgerschaftliche Engagement in Berlin eine Adresse. – Das konnte die Zivilgesellschaft seither von der staatlichen Seite leider nicht sagen. Das heißt, es geht um die sogenannten Querschnittsstrukturen. Seit dem Bundes-Enquete-Kommissionsbericht von 2002 war klar, dass die Querschnittsstrukturen mehr als notwendig sind für die Vielfalt und die Vielgestaltigkeit der Zivilgesellschaft. Ein Erlebnis ist aber, dass die Bezirke untereinander wenig oder kaum verflochten sind und dass auch Bezirke und Senat sehr stark auseinander gedriftet sind.

Ich möchte hier auch eine Gefahr ansprechen, die von einer irritierten Zivilgesellschaft ausgehen kann oder einer, die nicht mehr auf staatliche Strukturen vertraut. Im Sommer 2015 und der Folgezeit wurde mit dem Zustrom der vielen Menschen aus anderen Ländern im Rahmen ihrer Flucht deutlich, dass die Zivilgesellschaft bisher sehr stark isoliert und zum Teil autark



gearbeitet hat. Das heißt, es gab viel Spontanengagement, aber die intermediären Strukturen der Zivilgesellschaft, wie zum Beispiel die Freiwilligenagenturen oder auch das Landesnetzwerk Bürgerengagement hatten kaum Optionen oder Projekte, hier Brücken zu bauen. Bis heute ist aus unserer Sicht eine Kluft spürbar, die sich in einer Form von Gegenkultur und auch Abkehr von Staat äußern kann. Ich nenne als Stichwort nur die sogenannte Gewerkschaft für Ehrenamt, die sich gegründet hat.

So hochorganisiert und professionell die Spontanhelfenden sicherlich sind, so sehr sind sie auch kompensatorisch eingesprungen. Es bleibt auch ein aus unserer Sicht anderer Hilfsbegriff übrig, der nicht mit dem Win-win-Anspruch, den wir im bürgerschaftlichen Engagement in all den Jahren seither hochgehalten haben, in unseren Diskursen übereinstimmt. Hier braucht es noch wesentlich mehr Einblicke – auch von staatlicher Seite – in zivilgesellschaftliche Strukturen und Entwicklungen. Ich möchte noch einen Punkt aufgreifen: In vielen Bundesländern werden Qualifizierung und Feldfachwissen für staatliche Akteure in Bezug auf Zivilgesellschaft angeboten. Das ist etwas, was wir ganz wichtig finden.



## **II. Defizite für bürgerschaftliches Engagement in Berlin:**

- Wohlwollen ja, aber keine strukturbildende Engagementpolitik
- Position und Kompetenzen der Beauftragten: zu wenig ausgebaut und gegenüber Fachverwaltungen geklärt, zu wenig kooperative Strukturen und Prozesse (innerhalb und nach außen)
- Keine etablierten Querschnittsstrukturen: in Verwaltung und Politik, in der Zusammenarbeit mit Verbänden und der Bürgergesellschaft
  - Zusammenarbeit Bezirke – Land: Nicht wahrnehmbar – unterbrochen
- Übergreifende Ziele und Vorhaben fehlen: kein Ziehen an einem Strang
- Kenntnis / Verständnis über die zivilgesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen fehlt – Qualifizierungen / Feldfachwissen
  - Vertrauensbildung zw. Staat und Zivilgesellschaft fehlt

Schließlich zu den Perspektiven für bürgerschaftliches Engagement in Berlin. Wir haben eine Studie des EU-Rats kennengelernt, in der auch Deutschland gerade zur Stärkung intermediärer Strukturen aufgerufen wird. Es wurde festgestellt, dass Deutschland große und professionelle monetarisierte Verbandsstrukturen und kleine, wenig monetarisierte zivilgesellschaftliche Strukturen hat. Dazwischen gibt es relativ wenig. Hier braucht es so etwas wie sogenannte intermediäre Strukturen – entschuldigen Sie bitte den Fachjargon, aber so wird das zurzeit beschrieben. Darunter sind die Freiwilligenagenturen zu verstehen, die als Schnittstelle und Knotenpunkte im Netzwerk einer Engagementförderung zu sehen sind und zwar sowohl horizontal untereinander als auch über verschiedene Ebenen vertikal hinweg. Darunter ist auch eine landesweite oder auch bezirksweite Förderung von Engagementnetzwerken zu verstehen. So hat sich zum Beispiel das Netzwerk Ehrenamt Neukölln mit über 30 Akteuren zu einer überverbandlichen Plattform für Austausch, Kooperation und Entwicklungen in der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen. Diese Art der Stärkung von Pluralität und Stärkung einer Perspektivenvielfalt in der Zivilgesellschaft ist ausgesprochen wichtig.

Schließlich verstehen wir – die Landesfreiwilligenagentur – uns als Treiber für Fach-, Beteiligungs- und Vernetzungsentwicklungen all dieser zivilgesellschaftlichen Strukturen.



### **III. Perspektiven für bürgerschaftliches Engagement in Berlin:**

- Stärkung intermediärer Strukturen für die Verbindungen in der Zivilgesellschaft in Dtld. wichtig: insbesondere Freiwilligenagenturen und Netzwerke (EU-Rat/Studie)
- Infrastruktur-Notstand der Freiwilligenagenturen in Berlin mit einem Förderprogramm zw. Land und Bezirken beheben, Qualitätsstandards und Entwicklungs-Profile feststellen und entwickeln
- Stufenmodell der Weiterentwicklung der Freiwilligenagenturen als Bezugspunkt
- Landesfreiwilligenagentur Berlin als Fachstelle benennen und fördern
- Kooperation mit bestehenden selbstorganisierten Netzwerken der Zivilgesellschaft

Von daher lassen Sie mich noch konkreter werden, als es hier auf der Powerpoint-Präsentation steht. Wir haben uns überlegt: Was könnte eine Perspektive für ein Förderprogramm von Land und Bezirken sein? – Zum einen das Zusammenarbeiten von Land und Bezirken, nämlich auch, jetzt einmal ganz monetär gesprochen, in Form einer Basisförderung von Freiwilligenagenturen; das steht ja auch im Koalitionsvertrag. Nachdem ich in Hamburg war und hörte, was die dortigen Vorstellungen sind, dürfen wir sagen: 100 000 Euro pro Freiwilligenagentur scheinen mittlerweile notwendig, um einen professionellen und modernen Grundbetrieb einer solchen Einrichtung für Information, Beratung und Vernetzung zu gewährleisten. Das betrifft Landesmittel. Als Matching Fund, sozusagen als Zusammenarbeit, könnten wir uns vorstellen, dass es bezirksspezifische Projektförderungen von ca. 50 000 Eu-

ro geben könnte, um auf bezirkliche Schwerpunkte eingehen zu können. Wir haben uns erlaubt, das einmal durchzubuchstabieren, damit darauf vielleicht nachher in der Diskussion noch eingegangen werden kann.

Freiwilligenagenturen sind ein sehr wandelbares Modell. Sie können von der Engagementagentur zur Vernetzungsagentur zur Entwicklungsagentur bis zur Beteiligungsagentur wachsen. Wir haben dazu auch schon fachlich jede Menge Unterbau geliefert. Darauf würde ich noch mal per Link auf meine Unterlagen verweisen wollen.

Damit komme ich zu den Perspektiven und einer weiteren Folie, die vorletzte, damit es nicht unübersichtlich erscheint. Uns ist wichtig, gerade auch die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen als Fachnetzwerk zu unterstützen. Hier kommen die Freiwilligenagenturen zusammen, es ist ein Fachverbund. Bisher hatte sie aber noch zu wenig Kraft, um Motor für Fachentwicklungen zu sein. Sie sollte also enger auch an bundesweite Entwicklungen angedockt sein und, wie es in anderen Bundesländern üblich ist, mit einem eigenen Budget für ihre landesweiten Aktivitäten ausgestattet sein. Eine Studie, auf die ich auch in meinen Unterlagen hingewiesen habe, eine Masterarbeit, hat gerade ausgewiesen, dass 75 Prozent der derzeit existierenden Freiwilligenagenturen eine komplett prekäre Finanzaufstellung mit unter 10 000 Euro im Jahr haben. Das bedeutet auch, dass eine enorme Schwierigkeit in der Zusammenarbeit besteht. Es ist eine Art Spannung, so habe ich es genannt, im Netz der Freiwilligenagenturen aufgekommen. Kleinstagenturen und größere Agenturen können zum Teil nur schwer auf einer Ebene mit einer Kraft zusammenarbeiten.



**Landesfreiwilligenagentur Berlin**

Treffpunkt Hilfsbereitschaft

### **Perspektiven – Fortsetzung:**

- Förderung LAGFA als Fachnetzwerk für Freiwilligenagenturen in Berlin
  - Erhalt einer Trägervielfalt und trägerübergreifenden Beratung von Freiwilligenagenturen
- Engagement-Strategie mit dem Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin gemeinsam entwickeln / Expertise einbeziehen / Ziele vereinbaren / Geschäftsstelle fördern (Bsp. HH)
- Sektor-übergreifendes System der Freiwilligenagenturen und der Engagementberatung anlegen
  - Wachsende Stadt – wachsendes + atmendes System der zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen ermöglichen

Anhörung BuergEnPart-13.03.2017\_Schaaf-Derichs-LFA

7

Ganz wichtig erscheint uns auch, die Trägervielfalt von Freiwilligenagenturen zu erhalten und auszubauen, also keine Monokultur von Trägern zu entwickeln. Das Landesnetzwerk wiederum ist bundesweit neben dem AKTIVOLI-Landesnetzwerk in Hamburg das einzige Bottom-up-Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement. Derzeit sind 85 Organisationen aus allen Bereichen des Engagements dort vereint. Es ist aktives Mitglied im BBE, wo

sich derzeit eine bundesweite Plattform für Landesnetzwerke etabliert. Es sollte daher auch Partner und Experte für eine Berliner Engagementstrategie sein können. Die Wirtschaft im Übrigen haben wir immer im Sinne von Trisektoralität inkludiert.

Somit komme ich zu dem Ziel eines Systems der Engagement- und Partizipationsförderung. Wir verstehen darunter ein Governance-Modell, wenn man so möchte, eine atmende Engagementstrategie im Sinne eines lebendigen Systems der Kooperation intermediärer Akteure. Ein Wachstum und eine Entwicklung einer dynamischen Metropolgesellschaft, glauben wir, kann nur so aufgegriffen werden.

Damit zum Fazit: Wir können vor allem feststellen, dass die Rolle und die Aufgaben der Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement strukturförderlich gestärkt werden. Wir haben, wenn man es genau nimmt, einen 17 Jahre währenden Entwicklungsstau von Förderung der intermediären Infrastrukturen zu konstatieren. Das heißt, hier ist ganz viel aufgeschoben, und das sollte jetzt Zug um Zug in dieser Legislaturperiode angegangen werden können.

Der aktuelle Berliner Koalitionsvertrag gibt wichtige Impulse für eine Neuaufstellung, sollte aber um den Gedanken eines zusammenhängenden Systems der intermediären Infrastrukturen ergänzt werden. Hier gilt es, die bestehenden Strukturen aufzugreifen, zu stärken und auszubauen sowie in den Dialog mit der Engagement- und Partizipationspolitik zu bringen. Es geht somit um einen kontinuierlichen Prozess, der gesellschaftliche Entwicklungen begleitet und präventiv untermauert. Eine Engagementstrategie sollte aus unserer Sicht kein Papier sein, das nachher in Schubladen landet, sondern ein Prozess, ein Modell, an dem alle Akteure – Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – beteiligt sind.



#### **IV: Fazit:**

- Rolle und Aufgaben der Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement strukturförderlich stärken (Querschnitt-/Längsschnitt-Verzahnungen)
- Rolle Landesfreiwilligenagentur Berlin und Engagementnetzwerke als verbandsübergreifende Intermediäre stärken
  - Engagementstrategie in Berlin als kooperativen und partnerschaftlichen Prozess zeitnah starten, verbindlich in dieser Legislatur erarbeiten sowie implementieren
- Ausschuss für bürgerschaftliches Engagement und Partizipation als Motor und Ko-Moderation dafür ab sofort nutzen

Das Anliegen, sich für eine starke Zivilgesellschaft einzusetzen, sollte daher aus unserer Sicht ein überparteiliches ebenso wie ein überverbandliches Ziel sein. Es gilt, eine Demokratie stär-

kende Pluralität und auch eine Beteiligungskultur im Dialog mit Politik und Verwaltung in Berlin zu fördern. Dafür kann und sollte sich dieser Ausschuss ab sofort als Motor und Ko-Moderator einsetzen. – Herzlichen Dank!



**Gerne mehr dazu auf Anfrage.**

**Vielen DANK!**

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Frau Dr. Schlimper, Geschäftsführerin des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – bitte!

**Dr. Gabriele Schlimper** (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V.; Geschäftsführerin): Schönen guten Tag! Herzlichen Dank, dass ich hier reden darf. Liebe Abgeordnete! Schade, dass die Staatssekretärin nicht anwesend ist – ich teile Ihren Einlass dazu –, denn unser Anliegen ist es gerade, dass das, was die Senatskanzlei sich auf die Fahne geschrieben hat und das, was in den Senatsverwaltungen läuft und wie Sie damit gemeinsam agieren, besser miteinander vernetzt und verzahnt wird.

Erlauben Sie mir am Anfang eine kleine Richtigstellung: Der Paritätische Wohlfahrtsverband wurde 1924 in Frankfurt am Main mit fünf Krankenhäusern gegründet und hat sich dem Föderalismusprinzip nach dem Zweiten Weltkrieg verschrieben. Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Paritätische Landesverband Berlin in Westberlin gegründet. Uns gibt es schon ein bisschen länger als Ihren Ausschuss, aber das heißt gar nichts.

Ganz kurz zum Wohlfahrtsverband – vielleicht ist es nicht allen von Ihnen bekannt; manche von Ihnen sind ja ganz neu im Abgeordnetenhaus –: Wir haben 746 Mitgliedsorganisationen, in denen 55 000 Menschen in Berlin hauptamtlich angestellt sind und 30 000 sich ehrenamtlich engagieren. Daneben sind 75 000 Menschen in dieser Stadt Mitglieder in unseren Mitgliedsorganisationen, die primär Vereine sind. Das heißt, wir haben um die 100 000 Menschen, die sich entweder durch ihren Mitgliedsbeitrag an der Vereinsarbeit oder aktiv in den Mitgliedsorganisationen engagieren. Wir sind damit in dieser Form der größte Wohlfahrtsverband in der Stadt, und als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege ist es unsere Aufgabe und ein Selbstverständnis, professionelle soziale Arbeit und ehrenamtliches Engagement als zwei Seiten einer Münze zu verstehen. Das heißt, es gibt professionelle hauptamtliche und professionelle ehrenamtliche Arbeit. Das muss sinnvoll miteinander verzahnt werden, um gute soziale Arbeit und gutes soziales Engagement in dieser Stadt sicherzustellen.

Ich freue mich außerordentlich, dass es diesen Ausschuss in der neuen Legislaturperiode wieder gibt und verbinde damit zwingend die Hoffnung, dass das Subsidiaritätsprinzip nicht als Karikatur verstanden wird, wie wir es letzts von Verantwortlichen der jetzigen Regierung hören durften, sondern als maßgebliches und stabiles Fundament der Haltung zum zivilgesellschaftlichen Potenzial der Berliner Verwaltung und natürlich auch Ihres Hohen Hauses.

Damit Sie wissen, dass wir auch selbst etwas in die Hand nehmen: Wir sagen, wenn wir diese Haltung gegenüber Menschen haben, die sich engagieren, müssen wir auch selbst etwas tun. Wir haben durch unsere Situation – wir haben eine eigene Stiftung und auch Eigenmittel – in den letzten anderthalb Jahren ehrenamtliches Engagement direkt in unseren sozialen Organisationen in Höhe von 1 Million Euro gefördert. Das waren direkte Projekte, an denen Ehrenamtliche aktiv beteiligt waren. Wir geben natürlich Drittmittel an Mitgliedsorganisationen zur Förderung weiter und haben zusätzlich das Engagement Unterstützung der Flüchtlingsarbeit mit 400 000 Euro in den letzten 15 Monaten unterstützt. Weiterhin kaufen wir 90 BVG-Jahresabonnement-Monatsmarken für unsere sozialen Organisationen, die dann nur für Ehrenamtliche zur Verfügung stehen. Wir sind froh, mit der Senatsverwaltung für Soziales gemeinsam einen Vertrag mit der BVG und der S-Bahn zu stabilisieren, ich glaube, nun schon zum siebten Mal. Die spenden jedes Jahr 13 000 Einzelfahrscheine für einkommensschwache Menschen, gemeinsam mit uns als Kooperationspartner. Das ist wunderbar.

Wir haben Schulungs- und Filmmaterial für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit erstellt. Das steht der Senatskanzlei zur Verfügung. Wir sind stabiler – hoffentlich sieht das die Sozialverwaltung auch so, wir haben ja gerade Vertreter des Hauses hier im Raum – und kontinuierlicher Vertragspartner im Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren der Senatsverwaltung für Soziales. Wir fördern Flüchtlingsselbsthilfe mit unserem Projekt Work for Refugees. Da schauen wir, wie wir Flüchtlingen, die sich einerseits durch das Gestrüpp der Vorgaben kämpfen, um einen Job zu finden, an der Stelle helfen – das muss man sich mal selbst durchlesen, da bekommt man einen Fön. Zum anderen sagen wir: Flüchtlingsengagement kann bei uns nicht nur ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge sein, sondern wir setzen ganz stark darauf, dass neue Nachbarschafts- und Patenschaftsmodelle – und das ist gleichzeitig meine Forderung an Sie – bei der Integration von Flüchtlingen auch dazu beitragen müssen, dass sich eine Art Selbsthilfe entwickelt, dass wir Menschen, die hier angekommen sind, befähigen, sich selbst in die Lage zu versetzen, anderen Menschen, die neu geflüchtet sind, zu helfen und zu stabilisieren. Das ist ein ganz großes und konkretes Projekt.

Zu den engagementpolitischen Fragen hat Frau Carola Schaaf-Derichs, wie ich finde, ausgezeichnet ausgeführt, sodass ich jetzt die Gelegenheit nutze, ganz konkret einige Forderungen zu stellen. – Das Erste habe ich schon gesagt: Mentoring- und Unterstützungsprojekte sind sehr gute Projekte. Das ist etwas, wovon wir alle direkt etwas haben.

Zweitens: Der Ausbau von Freiwilligenagenturen, kommunaler Ausbau. Für mich ist Berlin ein Bundesland, bestehend aus zwölf Großstädten. Die machen im Zweifel, was sie wollen. Die Großstädte werden hier nicht durch eine Wiese getrennt wie im Bundesgebiet, sondern im Zweifel durch den Hermannplatz. So unterschiedlich, wie die Großstädte im Bundesgebiet sind, so unterschiedlich sind auch die Großstädte im Bundesland Berlin. Wir brauchen also verlässliche, stabile Strukturen in den Bezirken, in unseren Berliner Großstädten. Die müssten aber einheitlich gesteuert sein, und dazu muss man sich gemeinsam zusammensetzen. Das ist noch einmal ein großes Thema, zu dem ich auch Vorschläge hätte, wie man ein integratives, sozialraumorientiertes Engagementpotenzial noch stärker heben könnte.

Drittens: Ich wünsche mir, dass im Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten Strukturen vorhanden sind, die verlässliche Ansprechpartner für die zivilgesellschaftlichen Initiativen und sozialen Organisationen vorhalten. Viele der zivilgesellschaftlichen Initiativen finden den Weg zu uns ziemlich zügig über Nachbarschaftseinrichtungen, Stadtteilzentren, über direkte Ansprechpartner in unserem Landesverband, in unserer Geschäftsstelle Bezirke. Einige geben sich jetzt schon Vereinsstrukturen und finden dann auch den Weg in unsere Mitgliedschaft. Dafür können wir gar nichts; die kommen von ganz alleine. Anderen Initiativen helfen wir in Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen, mit sozialen Vereinen vor Ort, mal zu schauen, wie sie sich stabilisieren können, wie sie ihr Engagement auf ein dauerhaftes Niveau heben können.

Die Einführung der Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren in Unterkünften für Geflüchtete, auch wenn es Dauerunterkünfte sind – das muss man nicht eins zu eins machen, das muss man sich ansehen –, sollte stabilisiert und über 2017 hinaus gedacht werden. – Die Attraktivität der Ehrenamtskarte müsste ein bisschen verbessert werden.



Dann wünsche ich mir vor allen Dingen noch etwas zu einem ganz anderen Thema; gehen wir einmal von den Flüchtlingen weg: Für Menschen mit Behinderung, also für die Menschen, die körperlich behindert sind, die ein Problem haben, von A nach B zu kommen, ist es außerordentlich schwer, sich im Land Berlin ehrenamtlich zu engagieren. Sie werden durchaus benachteiligt. Sie brauchen eine Begleitperson, und das muss finanziert werden. Diese Finanzierung findet aber nicht statt, wenn sich die Menschen ehrenamtlich engagieren. Damit unterbinden wir ehrenamtliches Engagement für Menschen mit Behinderung. Das ist ganz konkret, da kann ganz konkret in diesem Land etwas getan werden, zum einen zur Förderung des Engagements, zum anderen zu einer wenigstens ansatzweisen Diskussionen: Was ist Inklusion in diesem zivilgesellschaftlichen Bereich? – Zu den Mentoring-Projekten habe ich schon etwas gesagt. Ich denke, es wird noch eine ganze Weile mehr getan und gesagt werden.

Wir brauchen in der Tat nicht die staatliche Steuerung dafür, was Engagement ist. Wir brauchen Luft und Raum und Möglichkeit, damit Menschen sich engagieren können. Wir müssen weg von der Denke der Fürsorgeleistungen, immer stärker weg von der Haltung, wir brauchen staatliche Fürsorge. Wir müssen vielmehr hin zu dieser zivilgesellschaftlichen Haltung von Empowerment für Selbsthilfe und Selbstorganisation. Ich habe mit dem Rahmen angefangen; ich habe breit angefangen mit Subsidiarität und Achtung des zivilgesellschaftlichen Potenzials, und damit habe ich jetzt auch wieder geendet. Darüber hinaus gibt es viele sehr konkrete Fragestellungen, aber das sprengt hier den Rahmen. Ich stehe gerne zur Verfügung. – Danke schön!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Das Wort hat jetzt Frau Simon, die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Volkssolidarität.

**Ingeborg Simon** (Volkssolidarität Landesverband Berlin e. V.; stellv. Vorstandsvorsitzende): Schönen Dank! – Auch ich bedanke mich sehr herzlich für die Möglichkeit, heute hier zu sprechen. Da es noch keiner erwähnt hat, möchte ich als sehr positiv bemerken, dass dieser Ausschuss sich namentlich ein wenig geändert hat. Für meine Begriffe ist das inhaltlich, programmatisch nicht ganz unerheblich – es wurde der Begriff der Partizipation aufgenommen. Dazu kann ich Sie nur beglückwünschen, denn es ist in der Tat so, dass der partizipative Ansatz, der emanzipatorische Ansatz in Zukunft sehr wichtig ist. Frau Dr. Schlimper hat gerade schon einmal ansatzweise gesagt: Wir brauchen nicht so unbedingt Fürsorge. Wir brauchen klare Strukturen, in denen wir uns mit einem hohen Erfahrungswert und viel Selbsthilfebereitschaft entwickeln können. Aber wir brauchen gute Rahmenbedingungen. – Vielen Dank, dass wir das heute sagen können!

Was ich auch bemerkenswert finde: Es ist Ihre erste Sitzung nach der Konstituierung des Ausschusses, und da finde ich es sehr hilfreich und gut, dass wir – ohne dass wir jetzt zu sehr ins Detail gehen können, weil das tatsächlich den Rahmen sprengen würde – einmal ganz grundsätzlich ein paar Dinge ansprechen. Ich muss jetzt nicht das wiederholen, was Frau Schaaf-Derichs und Frau Dr. Schlimper gesagt haben. Ich kann nur sagen – eins zu eins! Und das erfreut mich, weil ich denke, dass das bürgerschaftliche, zivilgesellschaftliche Engagement eine Qualität ist, die von den Leuten, die sie praktizieren, längst erkannt wurde. Aber, und das ist mein Appell an die Politik, an die Legislative insbesondere: Ich glaube wirklich, dass in der Politik diese hohe Wertschätzung zwar auf dem Papier angekommen ist, aber noch nicht in der Wirklichkeit. Ich freue mich darauf – und deswegen wird das eine harte Teststrecke in dieser Legislaturperiode –, wie die in der Koalitionsvereinbarung ausgehandelt oder

angekündigten Maßnahmen und Veränderungen, die teilweise schon zitiert wurden, tatsächlich in die Praxis überführt werden. Das gelingt nur, wenn man die Erfahrung derer, die das bürgerschaftliche Engagement seit Jahren in aller Vielfalt betreiben, einbezieht. Ich denke, das ist selbstverständlich; in der Zusammensetzung hier muss man nicht groß dafür werben.

Es ist sehr wichtig – Frau Dr. Schlimper hat es gerade schon angesprochen; es sind keine kleinen Bezirke, sondern im Grunde Großstädte –, dass wir endlich dazu kommen, dass die Senatsebene und die bezirkliche Ebene eine Form der Kommunikation und des Austausches finden, die tatsächlich das, was wir brauchen, nämlich stabile, verlässliche, berechenbare Rahmenbedingungen, auch finanziell – das spielte hier auch schon eine Rolle –, personell und kompetenzmäßig deutlich untersetzt.

Wir brauchen Planungssicherheit, aber wir brauchen auch Freiräume. Gerade die letzten zwei Jahre haben mit der Flüchtlingsproblematik, die uns vor drei, vier Jahren noch gar nicht in dieser Intensität beschäftigen musste, deutlich gemacht, dass man in sehr kurzer Zeit, sozusagen aus dem Stand heraus, völlig neue Qualitäten entwickeln muss. Das Bemerkenswerte, und da komme ich jetzt auf die Organisation, auf den Verein der Volkssolidarität, ist: Wir machen die Erfahrung, dass wir zwar seit 1946 ein etabliertes Ehrenamt haben in der klassischen Form – das ist auch wunderbar, unsere Mitglieder sind damit sehr zufrieden und wollen es auch nicht anders haben –, aber mit der Flüchtlingsproblematik, wo, und das muss man mal in dieser Schärfe sagen, die politischen Institutionen auf ganzer Länge absolut versagt haben, tauchte plötzlich eine Ehrenamtsstruktur in das öffentliche Bewusstsein, die es in der Form vorher, in dieser Breite zumindest, nicht gegeben hat. Das sah man, als beim LAGeSo plötzlich Menschen, die sich im Grunde eher im Verborgenen und in kleinen Beziehungsgeflechten oder bisher noch gar nicht ehrenamtlich betätigt haben, dort standen und den Laden geschmissen haben. Das ist eine neue Qualität, und da muss man auch über neue Konzepte nachdenken.

Nun komme ich – von wegen neue Konzepte – natürlich auch zu unserem Verein, zur Volkssolidarität. Wir haben aktuell gut 15 000 Mitglieder, schwerpunktmäßig natürlich, was etwas mit der Geschichte der Volkssolidarität zu tun hat, in den Ostbezirken bzw. in Mitte angesiedelt. Diese 15 000 Mitglieder sind organisiert in 230 Orts- und Interessengruppen. Das heißt, das ist ein feines Netz, das sich über die Bereiche zieht, wobei diese einzelnen Ortsgruppen, die zum Teil relativ klein sind mit 10 bis 20 Leuten, bis rauf zu 300 bis 400 Leuten, in dem Bereich, in dem sie ansässig sind, eine ganz interessante und vielfältige ehrenamtliche Tätigkeit praktizieren, das in den einzelnen Ortsgruppen und Regionen auch sehr unterschiedlich ausfallen kann. Sie haben den Spielraum, das nach der jeweiligen Interessenlage und Bedarfssituation, die sie vor Ort vorfinden, so zu strukturieren, wie sie das für richtig halten. Wir machen aber auch seit Jahren die Erfahrung, das klang schon ein bisschen an, dass da zwar mit viel Motivation eine tolle Arbeit gemacht wird, wenn dann aber plötzlich Raum und Ort, wo wir uns bisher treffen konnten, verschwinden, weil es nicht mehr finanziert wird, oder eine einzelne hauptamtliche Kraft entfällt – die sonst wenigstens für einige Stunden vor Ort war, um ganz banale Dinge zu regeln, nämlich den Rahmen so zu schaffen, dass darin die ehrenamtliche Arbeit möglich ist –, dann ist das höchst frustrierend.

Noch frustrierender ist es, wenn das Ehrenamt als Ausfallbürge benutzt wird für eigentlich klassische Aufgaben von Profession, die im Rahmen der Daseinsvorsorge erfüllt werden müssen. Und wenn diese Profession nicht vorhanden ist, weil die Fachkräfte fehlen, und ganz

plötzlich und nebenbei die Ehrenamtlichen – die sehr engagiert sind, und die auch nicht gerne Nein sagen in einer Situation, in der sie konfrontiert sind mit konkreten Problemen – dann in Aufgaben hineinrutschen, die nicht ihre Aufgaben sind. Das heißt, die Rolle des Ausfallbürgen – weil das hier noch nicht erwähnt wurde, möchte ich das gerne sagen – oder des Lückenbüßers kann und darf es nicht sein, weil damit dem Ehrenamt Unrecht getan wird. Das ist eine Form von Missachtung durch Instrumentalisierung. Das darf nicht passieren.

Ein anderer Punkt, der auch noch nicht angesprochen worden ist, ist die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt. Die ist nicht konfliktfrei. Die ist auch nicht ohne irgendwelche klaren Hilfestellungen machbar. Ich mache das jetzt ein bisschen stakkatohaft und kurz, weil wir das vielleicht in der Diskussion vertiefen können. Natürlich muss es auch eine ganz klare Grenzziehung geben. Wenn aber die Situationen verwischen, weil plötzlich jemand, der kurzfristig eine Stelle eingeräumt bekommt, eine Betreuungsleistung macht, die jahrelang das Ehrenamt gemacht hat, für nichts bzw. bestenfalls gegen eine kleine Aufwandsentschädigung – und plötzlich wird die abgerechnet –, dann sind das Dinge, an die wir noch einmal richtig herangehen müssen.

Die Volkssolidarität hat, um jetzt nicht nur zu sagen: Macht ihr mal! –, große Eigenanstrengungen unternommen, um das professionelle Ehrenamtsmanagement in den eigenen Reihen zu verbessern. Wir haben eine neue Stelle geschaffen. Wir haben im November letzten Jahres eine Klausurtagung veranstaltet, um uns zu besinnen und neue Strukturen im Ehrenamt zur Kenntnis zu nehmen. Wir können z. B. mit vielen Leuten – über 100 Ehrenamtliche, die nicht Mitglied in der Volkssolidarität sind und auch gar nicht werden wollen, sich aber im Rahmen unserer Trägerschaft in vier unterschiedlichen Flüchtlingseinrichtungen, Notunterkünften, aber auch Gemeinschaftsunterkünften, einsetzen – eine ganz tolle Arbeit machen. Die haben die Ehrenamtskoordination übernommen, sind für uns die wichtigen Ansprechpartner, aber: Sie wollen nicht Mitglied werden. Das finde ich auch nicht unabdingbar notwendig. Entscheidend ist, dass sie diese zivilgesellschaftliche Arbeit leisten können, wir als Volkssolidarität Ihnen aber auch einen Rahmen geben. Wir bieten ihnen Räume. Wir bieten ihnen Nutzungsmöglichkeiten. Wir bieten ihnen Unterstützung an bis hin zu finanzieller Unterstützung aus einem Fonds. Das ist eine Form. Wir wären natürlich sehr froh, wenn wir diese Vielfalt, die wir im Augenblick erleben in der Stadt, auch fortsetzen könnten, und dazu brauchen wir den Rahmen.

Ich komme noch einmal auf die Koalitionsvereinbarung zu sprechen. Ich finde, dass diese Koalitionsvereinbarung im Grundansatz sehr gut ist, sie ist aber an vielen Stellen nicht hinreichend konkretisiert. Es hat auch Vorzüge, dass man nicht gleich mit irgendwelchen konkreten Projekten konfrontiert wird – aber eine Engagementstrategie, Leitlinien für bürgerschaftliches Engagement: Was verbirgt sich dahinter? Was kann sich dahinter verbergen? Wie kann das partizipativ, ressortübergreifend und auch über die Ebenen Senat bis in die Bezirke hinein tatsächlich in einer Art und Weise realisiert werden, dass wir für die Stadt ein Gesamtkonzept haben? – Denn eines ist klar: Wir sind unheimlich gut. Frau Schaaf-Derichs und Frau Dr. Schlimper haben ja berichtet, was wir alles in der Stadt haben. Wir sind wirklich brillant. Was uns fehlt, ist die große, alles ein wenig umfassende Hülle. Frau Schaaf-Derichs hat das sehr deutlich gesagt: Wohlwollen erfahren wir für unsere Arbeit überall und jederzeit. Das sind diese berühmten Sonntagsreden. Da sind auch nette Anerkennungsmerkmale dabei. Auch wir als Volkssolidarität machen selbstverständlich entsprechende Veranstaltungen und versuchen, die entsprechende Würdigung vorzunehmen. Unsere Leute sind damit in der Regel

auch sehr zufrieden. Aber Wohlwollen allein kann es nicht sein. Frau Schaaf-Derichs hat, das habe ich mitgeschrieben, weil ich das nicht uninteressant fand, gesagt: Wohlwollen ja, aber keine strukturbildende Engagementpolitik. – Sie mit Ihrem Ausschuss haben jetzt zu Beginn dieser Legislaturperiode eine enorme Chance. Wenn wir das aber kooperativ im Sinne von partizipativ auf den Weg bringen, wäre ich sehr froh. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Volkssolidarität sich da mit Sicherheit besonders engagieren wird. Wir haben gute Ansätze – Freiwilligenagenturen, Ehrenamtskoordinatoren, alles prima –, aber wir müssen diese Zusammenführung hinbekommen.

Frau Schaaf-Derichs, ich muss Sie noch einmal zitieren, weil ich das so schön fand, an diesen Ausschuss gerichtet: Als Motor und Ko-Moderation möchten wir Sie gerne benutzen. – Wir möchten uns gerne benutzen lassen. Aber diesen Motor zu machen als bescheidener Ausschuss, der nur alle vier Wochen tagt, der so viel Arbeit hätte und in der neuen Legislaturperiode auf der Basis dieser Koalitionsvereinbarung eine ganz neue Kultur des Miteinander entwickeln könnte, da kann ich nur sagen: Alle, die hier oben sitzen, werden das massiv unterstützen, aber wir brauchen Ihre Unterstützung aus der Legislative. Wenn wir das zusammen hinbekommen, dann können wir wirklich etwas schaffen, auf das wir gemeinsam stolz sein können. Dabei gilt es aber auch, die Fehlentwicklungen, die hier kurz angesprochen wurden, im Blick zu haben und sie dann möglichst schnell zu beseitigen.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Das Wort hat jetzt Herr Uyguner, Vorstandsmitglied des TBB, Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg.

**Remzi Uyguner** (TBB – Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e. V.; Vorstand, Kassenswart): Guten Tag! Auch ich begrüße Sie ganz herzlich im Namen des TBB und freue mich, dass Sie uns, den TBB, zu dieser Anhörung eingeladen haben.

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg ist eine Migrantenselbstorganisation, ein Dachverband von vielen Vereinen und auch von Einzelpersonen. Wir blicken auf eine 25-jährige Geschichte in dieser Stadt zurück. Vor etwa sechs Wochen haben wir unser 25-jähriges Jubiläum gefeiert, und gestern haben wir unsere Mitgliederversammlung organisiert und einen neuen Vorstand gewählt. Frau Korte war gestern bei uns; wir haben uns sehr gefreut, Danke schön! Ich freue mich auch besonders, in diesem Ausschuss ein Gründungsmitglied unseres Vereins begrüßen zu dürfen, Frau Demirbüken-Wegner.

Kurz zu unserem Verein: Das ist ein Dachverband. Wir haben aktuell 36 Mitgliedsvereine und 84 natürliche Personen als Mitglieder. Wir verstehen uns durchaus als eine politische Interessenvertretung, die ihre Arbeit mit passenden Projekten flankiert. Einerseits soll der Projektalltag das Problembewusstsein innerhalb des Verbandes zu bestimmten Themengebieten stärken und Berlinerinnen und Berlinern wichtige Dienstleistungen anbieten. Andererseits verfolgen wir auch den Ansatz, durch modellhafte Projekte der Politik konstruktive Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Dabei helfen uns unsere Mitgliedsvereine und unsere Basis durch Hinweise und Impulse.

Der Verein wird von einem ehrenamtlichen Vorstand geführt, das heißt, ich bin hier auch ehrenamtlich unterwegs. Wir haben aber auch einen professionellen Stab, der die Projekte durchführt. Die Projekte werden von den Bundesministerien und den Senatsverwaltungen finanziert. Das Spektrum unserer Mitgliedsvereine ist breit gefächert, es reicht von Sportver-

einen, z. B. Umutspor, über die fachlichen Interessengruppen, z. B. dem Türkischen Elternverein, bis hin zu Heimat-, Kultur- und Freizeitvereinen. Nahezu alle Vereine werden ehrenamtlich geführt und bieten ehrenamtlich organisierte Aktivitäten an.

Spätestens hier kommen wir zu unserem heutigen Thema – bürgerschaftliches Engagement. Es ist für uns ein Weg zu gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation oder sogar ein integraler Bestandteil der Teilhabe und Partizipation. Es bietet Anlässe der Begegnung zwischen Menschen auch unterschiedlicher Kultur. Das gemeinsame Proben eines Theaterstücks, das Vorsingen eines Liedes oder ein gemeinsamer Einsatz für die Belange der Schülerinnen und Schüler bringen Menschen zusammen. Sie betätigen sich sinnvoll und feiern gemeinsam Erfolge, müssen aber ab und zu gemeinsam auch Misserfolge ver- und nacharbeiten. Diese Säule des freiwilligen Engagements ist ein Bestandteil der funktionierenden friedlichen Gesellschaft und zugleich Teilhabe der Menschen, in unserem Fall überwiegend Migrantinnen und Migranten, am gesellschaftlichen Leben, kurz formuliert: Partizipation. Der TBB begleitet seine Mitgliedsvereine auf diesem Weg, unterstützt sie mit Rat und Tat und motiviert weitere Menschen, sich ehrenamtlich zu engagieren, sei es z. B. um andere zu unterstützen oder um die eigene Freizeit sinnvoll zu gestalten und zu verbringen. Das sind meine allgemeinen Aussagen zum Ehrenamt.

Ich möchte jetzt die Gelegenheit nutzen und ein Leuchtturmprojekt des TBB in diesem Bereich vorstellen, und zwar das Freiwillige Soziale Jahr und den Bundesfreiwilligendienst für geflüchtete Menschen. Das sind gesetzlich geregelte Dienste, in denen sich insbesondere junge Menschen sozial engagieren. Sie betätigen sich in gemeinwohlorientierten Einrichtungen, bekommen Taschengeld, sind versichert, der Kindergeldanspruch bleibt bestehen. Sie werden weitergebildet und z. B. auf eine Ausbildung vorbereitet. Der TBB ist seit 2013 anerkannter Träger für das FSJ in Berlin und Brandenburg, und seit 2016 bietet der TBB auch Bundesfreiwilligendienste für Geflüchtete an. Unser Ziel ist es, Freiwilligendienste und soziale Berufsfelder interkulturell zu öffnen. Dazu einige Zahlen für den Zeitraum 2015/2016: Wir hatten 429 junge Menschen im FSJ, fünf Geflüchtete im Bundesfreiwilligendienst. Davon sind 70 Prozent weiblich, 20 Prozent haben eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit, 60 Prozent haben eine eigene oder familiäre Zuwanderungsgeschichte. 60 Prozent der Arbeit findet im Bereich der Alten- und Krankenpflege statt, z. B. Einsatzstelle Vivantes, und 20 Prozent im Bereich der Betreuung und Anleitung von Menschen mit Behinderung, z. B. Einsatzstelle Lebenshilfe Berlin e. V. Schwerpunkt der Einsatzstelle für Geflüchtete ist die Unterstützung der medizinischen Versorgung. Die Finanzierung erfolgt durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und teilweise durch die Einsatzstellen. Das ist ein konkreter Beitrag des TBB, freiwilliges Engagement der jungen Leute zu fördern und sie in die richtigen – wie wir finden – und sinnvollen Bahnen zu lenken.

Ich möchte zum Schluss noch zwei Anmerkungen machen, ähnlich wie Sie es, Frau Simon, geäußert haben: Wir finden, das ehrenamtliche Engagement muss freiwillig bleiben und darf nicht mit Druck auf die Schwachen der Gesellschaft durchgesetzt werden. Der zweite Punkt ist: Ehrenamtliches Engagement darf nicht zu Lohndumping führen bzw. dazu missbraucht werden, Lohndumping zu erreichen. – Vielen Dank fürs Zuhören! Ich bin gespannt auf die Frage- und Antwortrunde.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Herzlichen Dank an alle Anzuhörenden! – Ich habe schon einige Wortmeldungen. – Zuerst Notker Schweikhardt!

**Notker Schweikhardt (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank für Ihren Besuch! Es war wie immer eine Fülle an Informationen; es wird etwas dauern, das abzuarbeiten. Ich habe einzelne, ganz konkrete Fragen für den Moment. Ich erinnere mich gut an den 19. Dezember 2016. Das ist ein Datum, wo jeder Berliner weiß, wo er war. Ich war nachts noch bis um 1.30 Uhr am Breitscheidplatz und habe mich lange mit den Kräften dort unterhalten, unter anderem auch mit Sanitätern, Rettungskräften und dem Psychologischen Dienst oder wie immer man das nennt. Ich habe da gelernt, dass die Freiwilligen Feuerwehren hauptsächlich in die Berufsfeuerwehrstandorte gingen, die dort ersetzt haben, damit die Berufsfeuerwehr frei wird für den Einsatz am Anschlagort. Ich hoffe im Herzen, dass das nicht wieder passiert, aber mein Hirn sagt mir: Das wird wieder passieren. – Gibt es bereits erste Erfahrungswerte? Schwappt das über auf die Freiwillige Feuerwehr? Bereiten Sie sich darauf vor, speziell was die psychologische Belastung der Einsatzkräfte angeht? Mich interessiert, ob es daraus schon Veränderungen oder Konsequenzen gibt, oder was wir tun können, um zu helfen.

Herr Dr. Kappelt! Ich habe eine etwas naheliegende Frage. Inwieweit beeinflusst die politische Ausrichtung der AfD, in der Sie Mitglied sind, und ihr Kulturbegriff die Arbeit und Ihr Engagement als Vorsitzender im Bödecker-Kreis, die ja doch sehr inklusiv erst einmal kommt? Mich würde interessieren, ob Sie da einen Zwiespalt sehen oder ob ich mir unnötige Sorgen mache.

Frau Schaaf-Derichs! Sie hatten erwähnt, dass die Anerkennung nicht genug, aber schon wichtig ist. Könnten Sie schon einschätzen, ob man mit der etwas verbesserten Ehrenamtskarte zufrieden sein kann, ob es da weitere Verbesserungswünsche gibt, ob es da schon Erfahrungen gibt? Ich weiß, die berlin-brandenburgische Karte ist noch sehr jung, aber vielleicht gibt es schon spontane Reaktionen in die Richtung.

Sie hatten den zitierten Begriff der strukturbildenden Engagementpolitik erwähnt. Was können wir vielleicht innerhalb der nächsten 100 Tage tun? Was können wir innerhalb dieser Legislaturperiode tun? Wo wären da konkrete Hausaufgaben für uns versteckt?

Frau Dr. Schlimper! Sie hatten die 90 BVG-Abos bei über 100 000 Aktiven erwähnt. Das kommt mir so ein bisschen vor wie unser Bemühen im Beirat für die Ehrenamtskarte. Das ist doch eines der Hauptbedürfnisse der Engagierten, dass sie sagen, sie brauchen da unter Umständen Unterstützung. Darum geht es mir aber gar nicht. Wo sehen Sie denn die größten Defizite? Was können wir ganz konkret tun? Dass wir grundsätzlich noch am Anfang des Berges stehen, den wir bekraxeln wollen, ist klar, aber Sie haben ein so großes Netz an Input, das haben wir natürlich nicht. Vielleicht könnten Sie da noch einmal auf uns fokussieren und auch, wo Sie den Paritätär vielleicht im Jahr 2020 sehen – ob das alles läuft, ob Sie da Unterstützung brauchen, ob Sie etwas von uns brauchen können. Ich finde, der Begriff Empowerment zur Selbsthilfe ist der Schlüssel – aber wo setzen wir da an?

Seit 1946 – klar. Ich finde es sehr erfrischend, Frau Simon, dass von Ihnen die lautesten Rufe nach neuen Konzepten kommen, wo Sie doch die längste Tradition haben. Stimmt nicht ganz – Paritätär! Auch bei Ihnen 15 000 Mitglieder in 230 Gruppen, das ist ein ganz feines

Netzwerk. Ich bin überzeugt davon, und Sie haben völlig recht mit der Sichtbarkeit, die auf einmal durch die Hilfe bei den Geflüchteten entstanden ist, dass das auf einmal wahrgenommen wurde und dass sich viele auch gesagt haben: Ich muss und will da jetzt etwas tun. – Und dann ist da der gleichzeitig stattfindende Kampf um die Räume, ob im Kultur- oder Sozialbereich. Das ist in Berlin ein Schlüsselproblem, das kennen wir. Man braucht auch die physischen Räumen, nicht nur die Freiräume im Kopf. Ich habe ein bisschen Angst, dass uns diese Reaktionsfähigkeit ein Stück weit verloren geht, wenn wir nicht die Minimalstrukturen aufrechterhalten. Vielleicht könnten Sie noch einmal ein bisschen genauer sagen, was da fehlt, weil Sie beschrieben haben, dass in einzelnen Bereichen die Hauptamtlichen nicht einmal mehr einen Versammlungsraum haben etc. Das ist doch etwas, wo vielleicht das Land auch ein Stück weit Zugriff auf Räume hat und eher etwas machen kann, als in die Abhängigkeitsverhältnisse direkt einzugreifen. Subsidiarität – klar, aber wir sind als Land auch ein Stück weit schwerfälliger und gefangener als eine schnelle Eingreiftruppe, die sofort reagieren kann. Wie schätzen Sie das ein? Ich gehe davon aus, da kommen noch mal – Welle ist ein sehr unzutreffender Begriff – Bewegungen innerhalb Europas. Wir haben sehr starke politische Veränderungen. Wir sehen es gerade in diesen Tagen, dass sich das noch verhärtet, und dann sind wir mehr denn je auf so ein alteingesessenes, bewährtes, aber gleichzeitig nach neuen Konzepten suchendes Netz angewiesen. Das fände ich ganz spannend.

Vielleicht noch eine letzte Frage, die ein bisschen in die gleiche Richtung geht. Haben Sie in den letzten Jahren eine Veränderung bemerkt in Ihrer Arbeit – durch eine andere Haltung innerhalb der Bevölkerung oder der Verwaltung oder von unserer Seite, sei es in Bezug auf Geflüchtete, religiöse Ausrichtung, sei es in Bezug auf eine Radikalisierung, die wir vermeinen zu spüren, auch wenn wir in die Wahlumfragen etc. gucken –, welche Themen wichtig werden? Kommt da etwas bei Ihnen an, und könnten Sie uns vom Türkischen Bund etwas mitgeben, wo wir vielleicht zu unsensibel sind? – Vielen Dank!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Frau Radziwill!

**Ülker Radziwill (SPD):** Nochmal ein Dankeschön für die vielen Informationen und Ausführungen! – Ich möchte mit einem Zitat aus unserem Koalitionsvertrag beginnen. Wir haben im Koalitionsvertrag im Bereich Ehrenamt Folgendes festgehalten. Ich denke, es ist einmal ganz gut, sich die Passage anzuhören, was die Koalition hinsichtlich der Struktur eigentlich will. Wir sagen, dass das bürgerschaftliche Engagement eine tragende Säule der Berliner Stadtgesellschaft und eine Querschnittsaufgabe ist. Wir halten auch fest:

Die Koalition setzt sich gemeinsam mit den Bezirken für eine flächendeckende systematisch infrastrukturelle Förderung und Finanzierung der Freiwilligenarbeit in Form bezirklicher Freiwilligenagenturen sowie Netzwerken von Stadtteilzentren und anderen Akteuren ein.

Der nächste Satz ist auch sehr spannend:

Die Koalition erarbeitet in einem partizipativen und ressortübergreifenden Prozess eine Engagementstrategie als einen Baustein zur Stärkung des Netzwerkes des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements.



Mir ist besonders in dem zweiten Teil dieser kleine Punkt als „ein Baustein zur Stärkung des Netzwerks“ wichtig, denn ich glaube, wir haben eine sehr gute, sehr vielfältige, sich eigentlich phantastisch entwickelnde Engagementstrategie, Engagementlandschaft in Berlin.

Frau Simon! Ich bin Ihnen sehr dankbar. Sie haben das wunderbar zusammengefasst mit den Worten: Wir sind brilliant. – Dem kann ich nur zustimmen und den Dank aussprechen, dass sich ganz viele Menschen in Berlin, ganz viele Berlinerinnen und Berliner, egal, woher sie kommen, egal, welchen Hintergrund sie haben, welchen religiösen Background und Ähnliches, für andere engagieren. Sich zu engagieren ist auch ein Wert an sich, und jeder nimmt da etwas für sich persönlich mit.

Ich habe das Gefühl, dass, wenn wir alles sehr staatlich in starren Strukturen organisieren, da etwas verloren gehen kann. Ich kann mich noch an eine Anhörung in der letzten Legislaturperiode erinnern. Vielen ist er bekannt, auch wenn er jetzt leider von uns gegangen ist, Herr Zinner. Er hat den Satz geprägt: Das Engagement ist ein scheues Reh. – Ich glaube, das ist nach wie vor wichtig, das muss man auch berücksichtigen. Ich kann jedem dieses Wortprotokoll empfehlen, weil uns da auch noch sehr spannende Hinweise mitgegeben worden sind.

Es ist wichtig, dass wir uns anschauen: Was können wir noch an zusätzlichen, diese brillante Landschaft unterstützenden Strukturen organisieren? Aber, Frau Simon, da bin ich wieder bei Ihnen, Sie hatten vorhin auch gesagt, es fehle die große, alles umfassende Hülle. Da habe ich ein Problem. Ich möchte nicht alles in eine große, alles umfassende Hülle packen, weil ich glaube, dass gerade das Ehrenamt in seiner Vielfältigkeit sehr gut ist. Mir wäre wichtig, zu schauen: Wo können wir noch gezielt fördern? Wo können wir unterstützen? – Dazu haben Sie uns heute sehr viele Anregungen und Anmerkungen mitgegeben. Ich glaube aber: In der Vielfalt ist die Stärke vorhanden. Vielleicht können Sie, Frau Simon, uns noch einmal darstellen, was Sie mit dieser einen großen Hülle meinen, denn das ist bei mir nicht unbedingt sehr positiv angekommen.

Gerne nimmt sich dieser Ausschuss Ihres Wunsches an und versucht, so etwas wie ein Motor zu werden. Ich glaube aber nicht, dass wir gemeinsam nur ein Motor sein können, sondern hier sind ganz viele Zahnräder in der Stadt, die gut miteinander funktionieren, teilweise sich vielleicht auch reiben, wobei durch Reibung auch noch mal zusätzlich Energie entsteht, die durchaus fruchtbar wirken kann. Ich glaube, dass wir uns hier gemeinsam, und so habe ich alle Anzuhörenden verstanden, insbesondere aber Frau Dr. Schlimper, Frau Schaaf-Derichs und auch Frau Simon, in einem engen Austausch mit der Weiterentwicklung der Engagementstrukturen befassen können.

Frau Dr. Schlimper hat etwas erwähnt, was ich auch noch einmal hervorheben möchte. Ja, das Subsidiaritätsprinzip halte ich auch für ein sehr wichtiges Prinzip und für ein maßgebliches Fundament – so hatten Sie es formuliert. Dem kann ich nur zustimmen. Ich denke, dass wir das immer wieder im Blick haben müssen. Das heißt, starke staatliche Strukturen sind wichtig und sollen auch vorhanden sein. Dafür müssen wir als Haushaltsverantwortliche hier auch einen Blick haben, aber immer auch so viele Freiräume, so viel Entwicklung und Dynamik ermöglichen, dass es sich aus der Ebene heraus stark entwickeln kann. So habe ich Ihre Ausführungen verstanden. Als einer der größten und langjährigen Mitgliedsverbände in Berlin haben Sie da auch eine sehr starke, gute Expertise, daher kann ich das gut nachvollziehen.

Sie haben verschiedene Forderungen aufgestellt. Ich kann das alles nachvollziehen und will auch gerne versuchen, das zu unterstützen. Ich will einen Bereich hervorheben, und zwar den Bereich Unterstützung für Flüchtlinge, und das gerne mit einem Dank verbinden. Gerade, als sehr viele zu uns kamen und Hilfe gesucht haben, haben Wohlfahrtsverbände und sehr viele Ehrenamtliche wirklich wunderbare Arbeit geleistet und geholfen, dass Menschen, die hier Schutz suchen, eine schnelle Begleitung und Unterstützung finden. Besonders die Wohlfahrtsverbände haben dabei eine ganz besondere Rolle gespielt. Ich denke auch, dass wir mit der Stärkung der Stadtteilarbeit vor Ort eine wesentliche Förderung der Integration dieser Menschen unterstützen können. Ich kenne Beispiele aus meinem Wahlkreis in Charlottenburg, wo wir ein sehr gutes Miteinanderwirken verschiedener Flüchtlingsinitiativen haben, die sich teilweise ergänzen und auch schauen: Wo kann jeder mit seinem Engagementteam einen Schwerpunkt setzen? –, und die ein sehr gutes, starkes Netzwerk aufgebaut haben. Ich denke auch, dass wir die Förderung, die finanzielle Unterstützung der Bezirke, dieses ehrenamtliche Engagement weiterhin personell zu begleiten und zu unterstützen, in jedem Fall fortsetzen sollten.

Planungssicherheit halte ich für wichtig. Freiräume zu organisieren halte ich auch für sehr wichtig – das bezieht sich auf Worte von Frau Simon. Das nehme ich gerne mit. Meine einzige Frage ist: Braucht das alles eine große, allumfassende Hülle? – Mein Gefühl sagt Nein, aber Sie haben Gelegenheit, mich zu überzeugen.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Frau Demirbüken-Wegner!

**Emine Demirbüken-Wegner** (CDU): Auch wenn Sie tagtäglich wohlwollende Worte von unterschiedlichen Akteuren bekommen, Frau Simon, erlauben Sie trotzdem auch mir, wohlwollende Worte und ein großes Dankeschön an Sie auszusprechen, stellvertretend für die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hinter und neben Ihnen sind.

Ich habe mir einmal angeschaut, was in den Ausschusssitzungen der letzten Legislaturperiode zu diesem Themenkomplex behandelt wurde. Interessant fand ich, dass ich in Teilbereichen ein kleines Déjà-vu-Erlebnis hatte, insbesondere in den Bereichen mit der Überschrift – jetzt von mir so benannt –: „strukturelle Defizite“. Die strukturellen Defizite habe ich bei Ihnen allen herausgehört, und ich denke, dass das ein Ansatz ist, wo wir als Politik, als Senat und Sie als die betroffenen Institutionen einen gemeinsamen Nenner finden müssen. Was meinen wir denn damit, und wo können wir einen Konsens erzielen? Es kann nicht sein, dass sich das Thema in den Ausschusssitzungen von vor zwei Jahren in diesem Hohen Haus mit einem ähnlichen Tenor widerspiegelt und wir zwei Jahre später eine ähnliche Sitzung noch einmal dort ansetzen, wo sie eigentlich aufgehört hat. Und jetzt fangen wir wieder dort an. Das macht mir ein bisschen Mühe. Ich kann daraus zitieren; ich habe mir die Arbeit gemacht. Es wurden von den Anzuhörenden im Jahr 2015 insbesondere folgende Wünsche geäußert: Finanzierung fester Stellenanteile in den Agenturen und Netzwerken. – Das war auch der Wunsch, den Sie vor zwei Jahren geäußert haben. – Die Finanzierung für die Freiwilligenagenturen haben Sie als nicht ausreichend kommuniziert. Der Wunsch nach einer Landesfinanzierung, in erster Linie aus europäischen Mitteln. Die Bereitstellung eines zentralen Hauses für das Netzwerk – das wurde hier auch noch einmal durch Frau Schaaf-Derichs mit einem Modell vorgestellt. Bei der Projektförderung kam der Wunsch nach weniger Bürokratie und längerer Laufzeit. Maßnahmen der Bürgergesellschaft müssten besser mit denen der Bezirke abgestimmt werden, strukturelles Defizit – so lautete der Hinweis. Es gibt keine langfristige Strategie – da wurde

auch die Stadt Hamburg kurz erwähnt. Sie wissen, dass Hamburg bis in das Jahr 2020 Engagementstrategieansätze der freiwilligen Arbeit erarbeitet hat. Es geht nicht darum, ob man das eins zu eins für Berlin übernehmen kann; es geht um das Prinzip. Viele Punkte, die Sie heute aufgezählt haben, habe ich in den alten Protokollen nachlesen können. Es ist natürlich sehr gewagt, wenn ich diese Vergleiche zu heute und der Vergangenheit stelle und die Frage oder die These aufstelle: Kann es sein, dass nach längerer Zeit die Defizite ein Stück weit die Stärken fast überholen? – Das ist sehr provokativ, das weiß ich. Diese Provokation soll niemanden kritisch in eine Ecke stellen, sondern sie soll uns ein Stück weit helfen, diese harte Teststrecke – jetzt zitiere ich Frau Simon – gemeinsam erfolgreich zu durchlaufen.

Ich brauche die strukturellen Defizite, die Sie – sowohl Frau Schaaf-Derichs als auch Frau Dr. Schlimper, Frau Simon und Herr Uyguner – genannt und sehr gut ausgeführt haben, nicht noch einmal zu wiederholen. Da ist vieles noch einmal in Ihren Ausführungen sehr detailliert dargestellt worden, wo es am meisten hakt. Mich würde interessieren: Wenn Sie in Bezug auf den strukturellen Defizitbereich eine Priorisierung für die nächsten zwei Jahre vornehmen würden – das ist eine Frage an Sie alle –, was müsste ganz schnell und akut angegangen werden? Meine zweite Frage: In Bezug auf die Ehrenamtskarten – Stichwort: Attraktivität – wurde darauf hingewiesen, dass hier noch einiges getan werden kann. Was ist das, was noch getan werden könnte?

Hinsichtlich der Einbeziehung der Netzwerke würde mich interessieren, inwieweit Sie untereinander vernetzt sind. Mich interessiert z. B. von Herrn Großmann: Die Landesfreiwilligenagentur ist eine starke Institution, wo viele miteinander vernetzt sind. Wie sieht die Vernetzung unter Ihnen aus? Gibt es da Nachholbedarf, oder ist das ausreichend vorhanden?

Was ich bei allen Ihren Ausführungen etwas vermisse, ist die interkulturelle Öffnung. Sie ist, habe ich gemerkt, eine unbekannte Größe, zumindest in der Diskussion. Aber vielleicht irre ich mich. Sie sind da sicherlich gut zu Wege und zu Fuß und haben es hier vielleicht nur nicht in der Kürze der Zeit vortragen können.

Darüber hinaus würde ich gerne wissen: Bei den strukturellen Defiziten und den Problemen, Frau Simon, die Sie angesprochen haben, dass beispielsweise die Grenzziehung zwischen den haupt- und ehrenamtlich Tätigen nicht immer reibungslos läuft. Wie schafft man trotzdem eine Gewinnung von Ehrenamtlichen? Welche Projekte, welche Initiativen sind da aus Ihrer Sicht sehr wichtig? Das würde mich zunächst einmal interessieren, aber am meisten: Wie sieht unsere Hausaufgabe für die nächsten zwei Jahre aus? Wie würden Sie die Priorisierung vornehmen wollen?

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Ich würde gerne von jeder Fraktion jemanden zu Wort kommen lassen und dann erst einmal einen Schnitt machen. Wenn ich auf die Uhr gucke, wie lange Sie jetzt alle schon zuhören und Fragen sammeln müssen, ist das eigentlich nicht mehr zu schaffen. Es wären jetzt noch Frau Klein, Frau Auricht und Herr Schlömer dran, und dann mache ich erst einmal einen Strich, damit Sie eine Chance haben, überhaupt zu antworten. – Frau Klein!

**Hendrikje Klein (LINKE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir herzlichen Dank an Sie alle! Es sind schon unglaublich viele Dinge angesprochen worden; ich möchte mich auf ein paar Bereiche konzentrieren, die eventuell noch fehlen. Zuerst als Botschaft, wie ich

das auch persönlich sehe, zum Teil ist es noch nicht angesprochen worden: Soziale Unsicherheit und Prekarität bedeuten zumeist auch fehlende Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement. Wer nicht weiß, ob er oder sie morgen noch im vertrauten Kiez leben wird, verspürt wenig Drang, sich für diesen zu engagieren. Wer den ganzen Tag arbeitet und noch Überstunden machen muss, um über die Runden zu kommen, hat nur noch geringe Kapazitäten, sich mit politischen Prozessen zu befassen. Und wenn Nachbarschaften und Freiräume sich auflösen, fehlt es an Kontakten und Orten, sich auszutauschen, zu vernetzen und somit sich zu artikulieren.

Umgekehrt kann bürgerschaftliches Engagement neue Beziehungen schaffen, sozialen Austausch und Solidarität, aber auch Verantwortungsgefühl für das Umfeld stärken. Letztlich wird auch die Politik nur dann wieder an Gestaltungsmacht für sozialere Verhältnisse gewinnen, wenn ihr eine aktive Bürgergesellschaft dabei den Rücken stärkt und eine Gegenmacht zu den Marktkräften bildet.

Es wächst in Berlin die Notwendigkeit, neue Wege der Partizipation zu finden – das wurde von Ihnen bereits angesprochen. So wie viele Berlinerinnen und Berliner Verantwortung für ihre Stadt übernommen haben, haben sie nicht nur die Erwartung, sondern meines Erachtens auch den Anspruch darauf. Ein Beispiel, das immer wieder in den letzten Monaten dafür herhalten musste, ist, dass das überwältigende zivilgesellschaftliche Engagement eine noch größere humanitäre Katastrophe unter jenen Menschen, die in unsere Stadt geflohen sind, verhindert und das Versagen von Politik und Verwaltungsspitzen abgemildert hat.

Noch immer fangen die Helferinnen und Helfer die Menschen auf. Sie helfen nicht nur mit Spenden, sondern entwickeln eigenverantwortlich Konzepte und bauen Strukturen zur Integration der Geflüchteten auf. Ihre Beteiligung an den politischen Prozessen steckt dagegen nach wie vor noch in den Anfängen. Das gilt auch für viele andere Aufgaben, bei denen die Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich Verantwortung für die Gestaltung der Stadt übernehmen. Tage, an denen Berlin Danke sagt sowie die Vergabe von Ehrenamtspässen sind gut gemeinte Gesten. Werden sie nicht um reale Partizipationsmöglichkeiten ergänzt, geraten sie schnell in den Ruf, bloße Anlässe für Sonntagsreden zu sein.

Nun ist die Staatssekretärin heute nicht anwesend. Trotzdem möchte ich einen Punkt ansprechen, bei dem ich denke, dass wir in Zukunft auch eine Chance haben. In den nächsten Jahren werden sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung in Pension bzw. Rente gehen, was bedeutet, dass sehr viele neue, frische Verwaltungsmenschen nachwachsen, die natürlich auch eine Chance darstellen, das ganze Thema noch mal auf etwas – ich sage mal – frischere Füße zu stellen. Wie kann man die Akzeptanz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum ehrenamtlichen Engagement noch stärken? Wie kann man sie aktivieren, selbst mitzumachen? Welche Erfahrungen haben Sie mit der Verwaltung, wenn Sie sie erreichen? Manchmal erreicht man sie auch nicht. Sind sie den Ehrenamtlichen gegenüber aufgeschlossen, oder merkt man auch da so eine Art Stressfaktor im Zusammenspiel?

Als Zweites: Das Thema Struktur wurde heute sehr oft angesprochen. Ich möchte noch mal eine Lanze brechen für die Dinge, die man auch unterschiedlich angehen kann. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, in allen zwölf Bezirken komplett gleiche Strukturen aufzubauen. Ich glaube auch nicht, dass das so gemeint ist. Eine Blaupause kann nicht für die zwölf Bezirke funktionieren. Ich komme aus Lichtenberg und habe dort meinen Wahlkreis. Wir machen

das dort seit sehr vielen Jahren. Mittlerweile gibt es so unglaublich viele verschiedene Dinge, wo man hingehen kann oder wo man eben auch nicht hingehen kann, Stadtteilzentren, Freiwilligenagenturen, Seniorenbegegnungsstätten, Jugendclubs, Familienzentren, Quartiersmanagement. Mittlerweile kommen die Menschen vor Ort aber durchaus auch durcheinander, an wen sie sich am besten mit welchen Problemen wenden sollen. Meines Erachtens ist es an der Zeit, diese ganzen unterschiedlichen Strukturen mal sinnvoll miteinander zu verbinden.

Als Drittes: Können Sie sich vorstellen, bei der Engagementstrategie und bei den Leitlinien für Bürgerbeteiligung mitzumachen? – Danke!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Frau Auricht!

**Jeannette Auricht** (AfD): Auch von mir einen herzlichen Dank, dass Sie heute hergekommen sind. Danke auch für Ihr Engagement! Ich habe die eine oder andere Frage, fasse mich aber kurz. Erst einmal eine Frage an Herrn Großmann: Haben Sie auch Nachwuchsprobleme? Ich engagiere mich im Kinderhospiz. Da ist es natürlich sehr schwierig, ehrenamtliche Vertreter zu finden, da es auch eine sehr harte Arbeit ist. Wie sieht es bei der Freiwilligen Feuerwehr aus?

Die nächste Frage: Es ist schon sehr deutlich geworden, dass es alles sehr flüchtlingslastig ist, was momentan beim ehrenamtlichen Engagement stattfindet. Frau Schaaf-Derichs hat es auch gesagt – die wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren beziehen sich wohl auf die Arbeit mit Geflüchteten. Ich würde gern wissen, und ich glaube, Frau Simon hatte es schon ein bisschen angerissen: Wie kann man denn auch den – ich nenne es jetzt mal – Missbrauch des Ehrenamtes verhindern? Was ist Ihre Idee, dass sich der Staat da doch irgendwie einen schlanke Fuß macht und sehr auf die Ehrenamtler abwälzt, was er da an Aufgaben aufgenommen hat: Wie kann man da Vorsorge treffen?

Sodann habe ich eine weitere Frage: Herr Uyguner! Sie schreiben, dass Sie auch als politische Interessenvertretung agieren. Da würde mich interessieren: Haben Sie Kontakt zu türkischen Parteien, und wo stehen Sie politisch?

Meine letzte Frage geht an Herrn Kappelt. Sie haben wirklich dramatische Zahlen genannt: 500 000 der Berliner im Erwachsenenalter. Da stelle ich mir die Frage: Sind dabei schon die neuen Flüchtlingszahlen berücksichtigt? 500 000 erscheint mir sehr hoch. – Die zweite Frage: Haben Sie schon Kontakt zum Senat aufgenommen, bzw. haben Sie Fördergelder beantragt? – Vielen Dank!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Und Herr Schlömer!

**Bernd Schlömer** (FDP): Vielleicht erst mal eine allgemeine Anmerkung: Wir sollten solche Sitzungen nutzen, den Anzuhörenden das Wort zu schenken, statt Selbstdialoge zu führen und Zitationen aus Koalitionsverträgen vorzunehmen. Das frisst nämlich ein bisschen die Zeit. Wir haben hier Gäste, die zu Wort kommen sollen, und ich bin etwas irritiert, dass man dann hier Monologe führt. Das ist etwas schwierig, zumal ich jetzt der letzte Fragesteller bin. Ich konzentriere mich mal auf die wesentlichen Dinge.

Zunächst einmal würde ich Herrn Großmann bitten, noch einmal die Schnittstelle zwischen Haupt- und Ehrenamt im Übergang staatlicher Aufgabenwahrnehmung und Ehrenamtsengagement zu beschreiben. Die anderen Anzuhörenden möchte ich um eine Antwort bitten, ob solche Strukturen hinsichtlich der Ausstattung auch eine Blaupause für strukturpolitische oder Agenturlösungen sein können, die Sie in Ihrem Vortrag hier vorgestellt haben.

Meine zweite Frage an Herrn Großmann: Gibt es Benachteiligungen von Ehrenamtskräften bei Aus-, Fort- und Weiterbildungen im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr? Die weiteren Anzuhörenden würde ich um eine Stellungnahme dazu bitten, ob der Zugang zu entgeltloser Aus-, Fort- und Weiterbildung ein Incentive wäre, um das Ehrenamtsengagement abseits der Ehrenamtskarte zu stärken.

Meine dritte Frage ist eher eine Anmerkung. Ich habe vor einigen Tagen drei Integrationsunternehmen in Kreuzberg besucht. Frau Dr. Schlimper! Ich kann Ihnen bestätigen: Auch von dieser Seite ist gesagt worden, dass das ehrenamtliche Engagement bei der Begleitung von Behinderten zu den Unternehmen eine der großen und zentralen Herausforderungen für Integrations- und Inklusionsunternehmen ist. Das ist insoweit schon angekommen und wird jetzt von Ihnen bestätigt, deshalb danke ich Ihnen für Ihre Ausführungen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Ich möchte jetzt den Anzuhörenden die Möglichkeit zur Antwort geben. Ich würde sagen, wir machen das in umgekehrter Reihenfolge.

**Remzi Uyguner** (TBB – Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e. V.; Vorstand, Kassenswart): Ich habe einige der Fragen, die mich betreffen, zusammengefasst. Herr Schweikhardt – das hängt jetzt auch ein bisschen mit Ihrer Frage zusammen –: Laut Satzung des TBB beschäftigen wir uns überhaupt nicht mit der Türkeipolitik. Das ist ein Konsens, der seit 25 Jahren besteht. Wir konzentrieren uns ausschließlich auf Berlin. Insofern erübrigt sich Ihre Frage, ob wir mit den türkischen Parteien Kontakt haben.

Das andere große Problem, das Sie angesprochen haben, würde, glaube ich, etwas den Rahmen dieser Anhörung sprengen. Was ich Ihnen zusichern kann, ist, dass wir in Konfliktsituationen immer versuchen, durch Presseerklärungen, durch Gespräche mit Mitgliedsvereinen und auch durch private Gespräche besänftigend zu wirken, insofern würde ich, wenn Sie es mir erlauben, auf die Frage der Radikalisierung hier in diesem Rahmen nicht eingehen wollen.

Wo stehen wir politisch? – Wir haben Mitglieder, die in politischen Parteien Mitglied sind und aktiv in der FDP, in der CDU, in der SPD, bei den Linken und bei Bündnis 90/Die Grünen mitarbeiten. Dort stehen wir halt. Wir äußern uns dann zu berlinspezifischen Themen. Wir haben auch Wahlprüfsteine erstellt. Wir haben die Wahlprüfsteine dann auch veröffentlicht und geprüft. Das ist unsere politische Betätigung.

Die Frage zur interkulturellen Öffnung: Klar, wir sind offen. Wir müssen hier sicherlich einräumen, wenn wir uns unsere Mitgliederstruktur angucken, dass wir natürlich türkeistämmig dominiert sind, was kein Verbrechen ist. Wir würden mit allen anderen im Rahmen unserer Möglichkeiten – wie gesagt, der Vorstand arbeitet ehrenamtlich –, mit jeder anderen Organisation gerne zusammenarbeiten. Kommen Sie auf uns zu! Da denke ich zum Beispiel gleich konkret an die Freiwillige Feuerwehr. Da könnte man sich schon jetzt über Möglichkeiten der Zusammenarbeit abstimmen.

Wir sind offen gegenüber dem Ehrenamt. Unsere Mitgliederstruktur bzw. Vereinsstruktur organisiert sich, wie gesagt, ausschließlich ehrenamtlich, und daran messen wir auch die Partizipation. Die Einzelvereine – sei es der Heimatverein oder ein Chor oder andere Vereine – sind alle ehrenamtlich organisiert und für weitere Mitglieder immer offen.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Frau Simon!



**Ingeborg Simon** (Volkssolidarität Landesverband Berlin e. V.; stellv. Vorstandsvorsitzende): Ich muss mal sagen, es ist natürlich wahnsinnig kompliziert – Sie werden mir da sofort recht geben –, wenn jetzt hier zum Teil relativ konkrete Fragen, zum Teil auch noch etwas allgemeinere Fragen gestellt werden. Für mich ist die Schlussfolgerung zunächst einmal, dass ich Sie alle herzlich gerne einlade, diese Diskussion mit uns vor Ort weiterzuführen.

Zum Zweiten: Ich glaube, auch angesichts Ihrer Fragen – das ist jetzt eine Unterstellung, aber die wäre sehr naheliegend und auch sehr nachvollziehbar –, dass auch Sie sich erst mal ein wenig finden und orientieren müssen in Bezug zum Beispiel auf Schwerpunktsetzungen. Ich habe jetzt eigentlich nur Fragen gehört, dabei wäre es auch mal hilfreich, wenn man hört: Wir haben die und die Vorstellung. Wie sehen Sie das? –, sodass man sich daran leichter reiben kann. Aber nichtsdestotrotz bin ich sehr froh über die vielen Nachfragen; das zeigt ja auch, dass das Interesse und die Aufmerksamkeit groß sind.

Ich fange mal an, weil Frau Radziwill so dezidiert nach dieser Hülle gefragt hat: Was ist denn diese Hülle? – Diese Hülle ist für meine Vorstellung, aber auch das ist durchaus diskutierwürdig, eine Hülle aus gesellschaftlichen, akzeptierten Werten der Zivilgesellschaft. In der Koalitionsvereinbarung wird das an verschiedenen Punkten auch mal zitiert. Bürgerschaftliches Engagement, soziale Integration und Partizipation als demokratisches Moment gehören zusammen. Das ist, denke ich, zum Beispiel so ein Geflecht – man kann vielleicht das Wort Hülle durch das Wort Geflecht ersetzen –, wo wir Orientierungshilfen haben, wo wir uns gemeinsam orientieren. Es kann sein, dass zum Thema Partizipation ganz unterschiedliche Vorstellungen bestehen. Dann muss man das diskutieren. Aber mir geht es mehr um eine Hülle, die über gesellschaftliche Werte der Zivilgesellschaft definierbar ist. Das war etwas Grundsätzliches vorneweg, auch wenn ich weiß, dass das erst mal nicht so besonders befriedigend ist.

Ich kann die Reihenfolge der Fragen so leider nicht einhalten. Wenn diese Diskussion dazu führt, dass Sozial- und Wohlfahrtsverbände in Berlin eine andere gesellschaftspolitische Wahrnehmung erfahren, dann, finde ich, ist das ein großer Fortschritt. Denn meine Wahrnehmung aus der Perspektive eines Wohlfahrtsverbands und Sozialverbands – der sogenannte dritte Sektor, in dem vor allen Dingen zivilgesellschaftlich gearbeitet wird –, ist, dass wir uns manchmal sozusagen für unsere Existenz zu rechtfertigen haben. Das habe ich mehr als einmal erlebt, und dafür habe ich kein Verständnis. Allerdings, Frau Dr. Schlimper hat das auch so schön gesagt: Sozialstaatliches Handeln und zivilgesellschaftliches Engagement sind zwei Seiten einer Münze. Die gehören unabdingbar zusammen – außerhalb des Marktes! Der Markt macht seine Sachen, wo er auch seine Zuständigkeit hat, aber Sozialstaat und zivilgesellschaftliches Engagement sind auch ein Stück weit so etwas wie kommunizierende Röhren. Wenn der eine nicht funktioniert, dann wird sich das peu à peu auch auf die andere Seite durchsetzen, oder: Wenn der eine nicht funktioniert, dann wird das passieren, was ich als Missbrauch und Instrumentalisierung beschrieben habe, dass dann aus der Not der Situation vor Ort ehrenamtlich Engagierte – ich sage lieber zivilgesellschaftlich Engagierte – Missstände sehen und denken: Du musst hier handeln, auch wenn du im Augenblick nicht darauf warten kannst. Denk bitte mal an das LAGeSo, wo die Leute im Matsch und Dreck gestanden haben, wo es darum ging, Lebensmittel und Arzneimittel zu verteilen. – Und was machte die offizielle Politik? – Sie hat erst mal festgestellt, dass hier Verstöße gegen das Lebensmittelrecht bestehen, weil keine ordentlichen Lagerungskapazitäten da waren. Und ich sage Ihnen mal als Apothekerin, die ich das miterlebt habe – für Arzneimittel gilt das Gleiche: Wo sind

Ihre Kühlboxen? – Oder: Wo ist der Raum, wo die Charité dann auch behandeln kann? – Das sind die Dinge, die natürlich von der Politik vorzuhalten wären. Und das hat nicht geklappt! Da hat aber das ehrenamtliche Engagement einen derartig außerparlamentarischen Druck ausgeübt, dass dann die Politik zum Laufen gebracht wurde, wenn auch immer noch schleppend und nur ansatzweise.

Ich möchte gerne etwas zu der Frage sagen, inwieweit die Verwaltung mitspielt. Es wurde vorhin zitiert, und das erleben wir auch in der Volkssolidarität, dass die bezirklichen Ehrenamtskoordinatoren, die in der Verwaltung angesiedelt sind, eine enorme Vereinfachung darstellen. Sie haben koordinierende, steuernde und vernetzende Funktionen. Sie sind klar benannte Anlaufstellen, und ich würde mir wünschen, dass es in der Verwaltung auch auf der Landesebene, in den Landesämtern für diese Arbeit tatsächlich unmittelbare Ansprechpartner gibt. In unseren Flüchtlingseinrichtungen gehen wir übrigens mit einer neuen hauptamtlichen Kraft jetzt die Integrationsarbeit für Arbeit und Ausbildung an – wo natürlich im Grunde auch andere gefragt wären. Ich würde mir wirklich wünschen, dass unsere Einrichtungen in den Landesämtern, in den Ansprechpartnern auf der Landesebene kompetente Partner haben. Diese Kompetenz, das müssen unsere Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter vor Ort feststellen, ist in vielen Fällen nicht gegeben, bis hin zu blankem Unwissen aufgrund mangelnder Erfahrung, sodass es dann umgekehrt zu der schizophrenen Situation kommt, dass das Landesamt in unseren Flüchtlingseinrichtungen anruft und fragt: Wie handhabt ihr das? – Das kann nicht sein! Das kann mal passieren, aber dann muss doch daraus eine Konsequenz erwachsen!

Ich würde mir zum Beispiel wünschen – um auch noch mal auf die offiziell Berufstätigen zu kommen, auch dafür gibt es tolle Modelle, das geht im Übrigen auch bis in die privaten Unternehmen hinein –, dass die auch mal im großen Stil so etwas wie eine Freistellung machen. Wenn sie das bürgerschaftliche Engagement so schätzen, wie sie das gelegentlich in öffentlichen Veranstaltungen bekunden: Wie wäre es, wenn sie aus ihren Reihen mal Leute für ganz bestimmte Aufgabenstellungen freistellten, die vielleicht sogar einen inhaltlichen Bezug auch zu ihrer Struktur und ihrer Aufgabenstellung haben? Oder aber wenn sie gegen Ende der Berufszeit schon mal sagen, wir machen gleitende Übergänge, wir sind sozusagen Brückenbauer mit der Maßgabe, dass sie verstärkt Möglichkeiten bekommen, sich im bürgerschaftlichen Engagement zu betätigen und damit Rückendeckung und Unterstützung aus dem Betrieb heraus haben? Das sind ja keine Sachen, die ich mir jetzt ausdenke, die gibt es, aber nicht in der Art und Weise und dem Umfang, wie man sich das wünscht.

Zu der Frage der Fort- und Weiterbildung: Im Ehrenamt – und ich arbeite seit vielen Jahren auch für die Volkssolidarität im Landessenorenbeirat – ist der Wunsch nach Weiterbildung und Qualifizierung, das werden alle bestätigen, enorm. Der ist wirklich großartig vorhanden, weil das nicht nur für die, um die wir uns kümmern, einen Vorteil bringt. Das bringt vielmehr auch für uns selber einen Vorteil. Wir dürfen nicht vergessen, dass ehrenamtliches Engagement genauso wichtig ist für die, die es ausüben. Für mich ist das einfach ein Stück Lebensqualität, dass ich zum Beispiel als Ehrenamtliche politische Interessenvertretung betreiben kann, weil ich weiß: Hier sind die Defizite, hier sind die Probleme. Ich möchte sie gerne angehen und möchte mich deswegen natürlich auch qualifizieren, das aber nie unter dem Aspekt, dass ich versuche, Professionalität zu verdrängen. Ich bin keine Pflegefachfrau, und ich werde keine Pflegefachfrau. Ich möchte aber gerne, dass die Leistungen, die das bürgerschaftliche Engagement vorhalten kann, die eine Pflegefachkraft schon allein aufgrund von Zeitmangel gar nicht vorhalten kann, mit viel Empathie übergebracht werden. Das ist doch die

besondere Qualität und Leistung ehrenamtlichen Engagements. Das sind Leistungen, die niemand anders erbringen kann. Die kann auch kein offizieller Dienstleister erbringen, der wirklich gute Arbeit macht. Da sind Freiräume für die Leute, die wie wir eine Möglichkeit haben, da einzuspringen.

Ich denke auch, Frau Radziwill: Natürlich ist der Ausschuss nicht der einzige Motor, aber Sie wissen doch, wie das in der Politik ist – ressortübergreifend: Wer hat denn da den Hut auf? Wer hat die Federführung? Da gehen wir doch als Erstes mal hin! – Und ich garantiere Ihnen, wenn hier über ehrenamtliches Engagement geredet wird, sagt man als Erstes: Da gehen wir doch mal zu dem Ausschuss. Die sind dafür verantwortlich. – Dass Sie das nicht alleine tragen können, ist doch selbstverständlich, sonst wäre der ressortübergreifende Gedanke an sich ja hohles Gequatsche. Sie sind aber der Initiator, Sie müssen die Initiativen entwickeln, denn darauf wartet man, auch ressortübergreifend. Das sagt sich so locker und flockig. Fragen Sie mal bei unserem Kollegen im Landesseniorenbeirat, der da hinten sitzt, wie ressortübergreifende Arbeit läuft, wenn es darum geht, seniorenpolitische Leitlinien in die Praxis umzusetzen. Und jetzt kriegen wir hier Leitlinien angeboten – Leitlinien des bürgerschaftlichen Engagements. Das ist etwas ganz Wunderbares, aber das gehört im Übrigen auch dazu, das ist auch ein Stück Hülle. Oder auch die Engagementstrategie – das sind alles Bestandteile, die uns dann aber im Land in die Lage versetzen, auch über die einzelnen Bezirke hinaus zu handeln, dass wir wissen, dass, wenn wir über einen bestimmten Begriff reden, wir über denselben Begriff reden, und dass wir dieselben Strukturen in Lichtenberg haben, wie wir sie in Friedrichshain-Kreuzberg vorfinden. Da eine gewisse Vereinheitlichung hinzukriegen, ist einfach ganz wichtig.

Was mir auch noch wichtig ist, das ist das Ansehen der Wohlfahrtsverbände: Ja, die haben zuwendungsgeförderte Projekte, dafür kriegen sie Geld. Das Ehrenamt aber, was unabdingbar dazugehört, bildet sich nicht ab in den Zuwendungen, denn es geht da ja um professionelle Leistungen, die abrechenbar sind. Wir haben aber zunehmend Ehrenamtliche zum Beispiel im Norden von Marzahn, die Transferempfänger sind, die ehrenamtlich arbeiten. Da geht es schon mit der Fahrkarte los. Natürlich erhalten die auch eine Aufwandsentschädigung, manchmal 20, mal 25 oder 30 Euro, aber die können das natürlich vor dem finanziellen Hintergrund nicht stemmen, und der wird schwieriger und komplizierter. Wenn der Paritätser seinen Armutsbericht veröffentlicht, das haben wir gerade gehabt, sehen wir ja, wie die Entwicklung da komplizierter wird. Wir müssen das ehrenamtliche Engagement über kleine Anerkennungen hinaus – die wichtig sind, die will ich überhaupt nicht kleinreden –, attraktiver machen. Das allein reicht nicht. Für mich ist das wirklich das A und O, dass diese Stadt mit ihren politischen Verantwortungsträgern eine Engagementpolitik befördert, die sie wirklich hochklassig bewertet und dass sie mit einer Öffentlichkeitsarbeit, die in einem sehr schlechten Zustand ist, die bestehenden Institutionen und ihre Arbeit in eine starke und interessierte Öffentlichkeit bringt. Da sind die Flüchtlingseinrichtungen übrigens ein wunderbarer Aufhänger, weil das wirklich ein solches Interesse auch bei jüngeren Leuten, die wir in der Volkssolidarität nicht so ohne Weiteres erreichen, geweckt hat, dass man nur staunen kann, was da noch für Reserven sind. Die können wir aber nur heben, wenn eine hohe gesellschaftliche Anerkennung – auch durch den politischen Verantwortungsträger – jeden Tag vorgeführt wird.

Ich weiß, ich habe einige Fragen nicht beantwortet, aber wenn ich das jetzt noch fortführen würde, hätten die anderen gar keine Zeit mehr. Ich stehe Ihnen aber gerne weiter zur Verfügung.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Frau Dr. Schlimper!

**Dr. Gabriele Schlimper** (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V.; Geschäftsführerin): Tja, was kann man dazu jetzt noch sagen? – Erst einmal vielen Dank, Frau Simon, für Ihr engagiertes Statement! Man merkt, das ist das Schöne, dass Frau Simon selber seit Jahrzehnten ehrenamtlich engagiert ist. Genau diese Rolle und dieses Engagement haben wir jetzt gespürt und gesehen – vielen Dank! Das ist schon mal die erste Anerkennung für ehrenamtliches Engagement von meiner Seite.

Ich fange jetzt mal hinten an, im Sinne meines Zettels, und zwar mit der jungen Kollegin aus Lichtenberg; ich kenne Ihren Namen nicht. – [Zuruf] – Frau Klein! Sie haben etwas gesagt, was mich an etwas erinnert hat, das ich schon längst vergessen habe: Wir haben in unseren Mitgliedsorganisationen, wie Sie an den Zahlen und jetzt auch an den Berichten hier sehen – die Volkssolidarität und Frau Schaaf-Derichs, die Landesfreiwilligenagentur, sind auch bei uns Mitglied – sehr viele Menschen, die sich bei uns in der praktischen und sozialen Arbeit engagieren. Wir stellen aber ein zunehmendes Problem bzw. Defizit fest, und jetzt komme ich gleich auf das Konkrete, dass sich nämlich, wenn wir Menschen finden wollen, die sich in Gremien engagieren wollen, und zwar in Vereinsvorständen für Vorstandstätigkeiten, das mittlerweile wirklich zum Problem auswächst. Junge Menschen wollen sich sozial engagieren, andere wollen sich sozial engagieren – aber wer will schon Verantwortung übernehmen, und zwar im Ehrenamt?

Vor diesem Hintergrund und vor der Tatsache, dass viele Menschen im öffentlichen Dienst und in der öffentlichen Verwaltung in die Rente gehen, habe ich mir gedacht: Was für ein schönes Potenzial! Versuch doch mal, die ganzen Verwaltungsangestellten für Ämter, für Ehrenämter in unseren sozialen Organisationen zu gewinnen. Ich möchte nicht, dass der Vorstand nur aus Menschen aus dem öffentlichen Dienst bespaßt wird. Dann habe ich den öffentlichen Dienst im Vorstand, das ist es nicht. Aber da gibt es Potenziale – jemand, der mal Staatssekretär oder Abteilungsleiter war, jemand, der Fachreferent oder Jurist, Justitiar gewesen ist. Alle diese Leute gehen jetzt in Rente, und von mir aus können die ein Jahr ihre Schiffsreise sonst wohin machen, aber danach hätte ich sie ganz gerne wieder. Vor dem Hintergrund habe ich mir überlegt – ich war damals bei der Vorgängerin von Frau Chebli, bei Frau Dunger-Löper – und habe gesagt, da müssen wir doch etwas machen. Das müssen wir doch irgendwie zusammenkriegen. Hier das Riesenpotenzial, da der Riesenbedarf – wie kriegen wir das zusammen? Dann haben wir uns überlegt, wir machen ein Informations-, ein Fortbildungsprogramm für sogenannte Prä-Rentner, um mal zu schauen, wie wir denen das Ehrenamt als attraktive Möglichkeit näherbringen können, ihr Wissen weiterhin in die Gesellschaft einzubringen. Da meinte die Staatssekretärin sehr engagiert, es wäre doch das Vernünftigste, wir machten das mit der Berliner Verwaltungsakademie zusammen und hat mich mit der Leitung der Verwaltungsakademie kurzgeschlossen. Ich hatte auch schon ein Curriculum mit entwickelt und mir überlegt, wie man so etwas machen könnte. Mir wurde dann von der Leitung der Verwaltungsakademie mitgeteilt, dass sie dazu überhaupt nicht da wäre. Sie wäre ausschließlich dazu da, Verwaltungsmitarbeiter zu qualifizieren, damit sie ihre Verwaltungstätigkeiten ausführen können, und nicht dafür, damit sie im Nachhinein noch etwas für die Gesellschaft tun könnten. Das mal als ganz konkretes Beispiel, wo ich dachte, das meinen die hier jetzt nicht im Ernst, aber sie haben es im Ernst gemeint. Das wäre vielleicht noch mal

eine Möglichkeit, darüber nachzudenken, wie man da auch die eigenen Potenziale verbessern kann.

Des Weiteren haben die Staatssekretärin und meine Wenigkeit eine Veranstaltung für Menschen in der Verwaltung gemacht, die sich freiwillig engagieren. Diese Veranstaltung fand im Roten Rathaus statt. Und was ich da gehört habe, wie sich Menschen innerhalb ihrer Verwaltung dafür entschuldigen müssen, dass sie sich freiwillig engagieren oder sie sich noch nicht mal trauen zu sagen, dass sie sich freiwillig engagieren, weil sie dann gesagt bekommen: Na, wenn Sie Zeit haben, sich zu engagieren, dann können Sie auch ein bisschen mehr arbeiten –, und es gab noch ganz andere Aussagen, da habe ich so ein Bild erhalten, dass ich sagen könnte: Ja, wir haben so viele professionelle, hochengagierte Menschen und Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, die im öffentlichen Dienst, in der Berliner Verwaltung, in unterschiedlichsten Verwaltungen tätig sind, die sich in ihrer Freizeit engagieren – ich möchte auch nicht sagen, das ist der öffentliche Dienst, das der soziale Sektor, da engagieren sie sich, da sitzen die Beamten – so ist es nicht! –, da könnten Sie der Exekutive an dieser Stelle vielleicht helfen, eine positive Haltung gegenüber dem Engagement zu entwickeln, sich auf den Weg zu machen und mal zu überlegen: Ein Arbeitgeber darf nicht fragen, wer sich im Haus ehrenamtlich engagiert, aber es wäre eine tolle Sache, eine Kultur in der eigenen Verwaltung, in der eigenen Organisation herzustellen, dass ich es außerordentlich schön und gut finde, wenn ich weiß, dass sich die Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter in meinem eigenen Laden, in meinem eigenen Betrieb, meiner eigenen Organisation nebenberuflich ehrenamtlich engagieren. Wenn sich bei mir jemand bewirbt, dann wünsche ich, dass in den Bewerbungen eine Form des ehrenamtlichen Engagements beschrieben steht. Wenn das da drinsteht, ist das etwas ganz anderes. Nun kann man sagen: Ja, die Tante kommt vom Wohlfahrtsverband! – Darum geht es nicht. In der Wirtschaft beispielsweise ist es schon gang und gäbe, in Bewerbungssituationen zu schauen, ob derjenige sich irgendwo zivilgesellschaftlich engagiert. Damit ist auch ein Banker qualifizierter für seinen Job, weil das etwas über seine Haltung zu den Dingen des Lebens aussagt.

Nun kommen wir zur Haltung, der nächsten konkreten Sache, und jetzt bin ich nicht mehr ganz so freundlich wie vorhin. Es wird immer wieder gesagt, und es ist so: Wir hatten mit diesem Ansturm an Flüchtlingen in der Stadt keine Flüchtlingskrise, wir hatten eine veritable Verwaltungskrise. Menschen, die sich ehrenamtlich engagiert haben, und soziale Organisationen haben dazu beigetragen, dass aus der Verwaltungskrise keine Flüchtlingskrise geworden ist. Das muss man mal ganz klar sagen. Und als Dankeschön kriegen wir jetzt serviert, dass das Land Berlin Eigenbetriebe bauen will, damit so eine Krise nicht noch mal passiert. Das ist etwas, was wir nicht so ganz verstehen. Warum auch immer es jetzt einen Eigenbetrieb geben soll – ach, alles wunderbar –, aber betrachten Sie es einmal durch unsere Brille, und viele soziale Organisationen, da spreche ich jetzt für die gesamte Liga der Freien Wohlfahrtspflege, empfinden es so: Wir fühlen uns an dieser Stelle vor den Koffer getreten – ganz deutlich! Mit der Argumentation, Sie wollen nicht noch mal so eine Krise haben, bauen Sie jetzt einen vierten öffentlichen Dienst. Nachdem das LAGeSo versagt hat, das LAF und die BIM nicht funktioniert haben und die Sozialverwaltung zusammengebrochen ist, weil die Menschen dort auch nicht mehr als nur arbeiten konnten, sagen Sie jetzt: Weil das alles nicht funktioniert hat, bauen wir uns jetzt einen Eigenbetrieb, damit das nicht noch mal schiefgeht. – Das ist nicht das, was sich unserer Logik in Gänze erschließt. Wir nehmen das jetzt zur Kenntnis. Das war es jetzt auch schon. Ich mache hier auch nicht mehr die beleidigte Trulla. Ich sage Ihnen das nur. Wenn Sie sagen, Sie wollen konkrete Beispiele haben, wie es laufen oder nicht laufen

sollte, dann ist das für uns eine Missachtung der Potenziale der Zivilgesellschaft. Das ist es, und das bleibt es. Wir werden uns damit arrangieren, wir werden auch Lösungen finden, aber schön und achtungsvoll ist etwas anderes.

Etwas ganz Konkretes noch für Sie, Herr Schweikhardt, zu den Ehrenamtskarten, wenn man diese als BVG-Fahrkarte koppeln könnte: Wenn jemand eine Ehrenamtskarte hat und könnte diese auch als BVG-Fahrkarte für den Gang zum ehrenamtlichen Engagement nutzen – die von mir aus auch abgestempelt ist –, dann ist das etwas, was den Leuten, wenn sie sich engagieren wollen, richtig gut hilft. Das finden die richtig klasse, das wäre etwas für sie, gerade auch für Menschen im Transferleistungsbezug. Sie haben das so schön gesagt: Ich kenne diese Enquete-Kommission, die Berichte und die ganzen Freiwilligensurveys, ich verfolge das von 2009 bis 2014, fünf Erhebungen rauf und runter. Ich weiß um die Korrelation von Bildungsstatus und Engagementbereitschaft, aber: Aus Korrelationen sollte man keine Kausalitäten machen. Das macht man grundsätzlich nicht. Wir kennen gerade in Marzahn-Hellersdorf, im Falkenhagener Feld, im Bereich Heerstraße Nord, in der Thermometersiedlung und auch in anderen schwierigen Gebieten so viele Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, trotz schwierigster, sagen wir mal, Einkommenssituationen. Ich habe gelernt, dass, wenn man das in Verbindung bringt, ich unglaublich vorsichtig sein muss.

Ich bin – aus der individuellen Perspektive heraus – eine große Verfechterin des Bundesfreiwilligendienstes. Nicht aus der arbeitsmarktpolitischen Perspektive, aber aus der individuellen Perspektive bringt das Instrument Bundesfreiwilligendienst Menschen aus der sozialen Isolation in ein strukturiertes engagiertes Dienstmiteinander mit einer sozialen Organisation. Das habe ich gerade vor dem Hintergrund von Menschen, die keine Arbeitsfördermaßnahme mehr kriegen, weil das ganz fürchterlich ist in dieser Stadt, gelernt, dass man dieses Potenzial des Bundesfreiwilligendienstes noch mehr nutzen könnte. Da würde ich Ihnen gern noch mit auf den Weg geben: Es gibt einen Topf Bundesfreiwilligendienst für Flüchtlinge, ein Sonderkontingent für den öffentlichen Dienst. In der letzten Legislaturperiode haben wir, also wir ganz speziell, der Paritätische Wohlfahrtsverband, Anne Jeglinski und ich, die Verwaltung für Integration und Arbeit gebeten zu gucken – und ich habe jetzt mit Frau Breitenbach gesprochen, dass sie sich kümmern soll –, wie das Kontingent Bundesfreiwilligendienst für Flüchtlinge weiterlaufen soll. Ich empfehle dringend, darüber nachzudenken – denn das ist nicht so teuer, maximal 550 Euro im Monat für einen Flüchtling in dieser Stadt –, einen Landesfreiwilligendienst in Analogie des Bundesfreiwilligendienstes extra für Flüchtlinge aufzulegen, denn nichts ist einfacher. Die Menschen müssen sofort in Beschäftigung und nicht erst alle Programme durchlaufen, und der Bundesfreiwilligendienst ist ein wunderbares Instrument, um bürgerschaftliches Engagement in sozialen Organisationen zu stabilisieren und vor allen Dingen für Menschen Empowerment zu entwickeln, um Menschen, die hier neu angekommen sind, zu helfen, Kontakte zu unseren zivilgesellschaftlichen Potenzialen zu kriegen. – Das wäre noch etwas ganz Konkretes.

Wir haben viele neue Initiativen. Reden Sie auch mit diesen neuen Initiativen! Sie haben sich jetzt hier die Elefantenrunde reingezogen. Sie kriegen heute eine Fortbildungsveranstaltung in Sachen ehrenamtliches Engagement. Aber reden Sie auch mit diesen neuen Initiativen, denn 2020 werden aus diesen vielen Initiativen über Start-up-Ansätze wieder neue gute Organisationen in dieser Stadt sein. Holen Sie sich auch da die Inspiration! Wir als Wohlfahrtsverband sind jedenfalls ganz offen, wir suchen die richtig, um neue Informationen, um ein neues Ge-

fühl dafür zu kriegen, wie die denken. Wir haben ein großes Interesse, dass die Menschen, die hierhergekommen sind, überhaupt alle Menschen, auch Wohnungslose, sich selber helfen.

Jetzt kommt der nächste Übergang – ehrenamtliches Engagement. Wir haben ganz viel über Flüchtlinge gesprochen, aber es findet überall statt. Es findet in der Drogenhilfe statt, es findet in Hospizen statt. Sie haben vollkommen recht: Hospize gibt es überhaupt nur, weil sie ursprünglich ehrenamtlich entstanden sind. Wir haben in dieser Stadt massenhaft Probleme. Wir haben ein Wohnungslosenproblem in dieser Stadt, und zwar auch jenseits des Sichtbaren, jenseits derer, die auf dem Alexanderplatz oder in der U-Bahn sitzen. Wir haben ein hohes unsichtbares Wohnungslosenpotenzial, eine hohe Anzahl dieser Menschen. Wenn wir aus der Flüchtlingsarbeit gelernt haben, wie Menschen sich engagieren können, dann sollten wir uns überlegen, wie wir dieses Engagementpotenzial – das geht nur durch Zuhören, wenn man den Initiativen zuhört – heben können, um auch unser Wohnungslosenproblem in der Stadt präventiv, im Ansatz, schon bevor die Menschen wohnungslos werden, durch aufsuchende Hilfe und Unterstützung gemeinsam zu lösen. – Auch ich höre jetzt auf. Sie können sicher sein, mir fällt noch eine ganze Menge ein. Das war's, bis bald!



**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Frau Schaaf-Derichs!

**Carola Schaaf-Derichs** (Landesfreiwilligenagentur Berlin e. V.; Geschäftsführerin): Ich finde, das hat Anschauungscharakter, was wir gerade machen, denn ich glaube, es geht im Moment um das Thema Beteiligung. Das, was wir hier gerade praktisch machen, ist ja, einander zuzuhören. Es ist zwar eine hochprotokollarisch festgelegte Form, und sie ist auch überaus demokratieförderlich und *comme il faut*, aber ich glaube, wenn wir diesen Aspekt – Frau Schlimper hat gesagt, des Lernens, Frau Simon hat gesagt, des Austauschs und des Zusammenkommens – mehr in der gesamten politischen Sphäre und Ära hätten, dann hätten wir auch den Zugang zum Gesamtkonzept.

Ich mache jetzt mal den Schlenker dazu. Ich habe vorhin aus Zeitgründen ein paar Grundwerte der Zivilgesellschaft schlicht nicht weiter benennen wollen. Natürlich kommen immer die Autonomie und der Eigensinn vor, das kennen wir alle aus der Debatte, aber ich glaube, jetzt ist der Augenblick da, diese Augenhöhethematik mal richtig runterzuberechnen und zu sagen: Okay, da sind wir, da stehen wir beieinander, und da können wir einander zuhören. – Das müsste auch Grundlage einer Engagementstrategie sein, und diese ist für mich der Schlüssel zur Erkenntnis, wie wir strukturell einmal alles durchdeklinieren könnten, was in Berlin möglich ist.

Frau Demirbüken-Wegner! Ich gebe Ihnen recht, wir sind absolut unter dem, was da ist, und wenn wir – das Potenzial ist jetzt eine Losung – die Chance, sich zu beteiligen und sich einzubringen in dieser Stadt, nicht heben, ziehen sich Menschen auch zurück und sagen: Dann macht doch euren Kram alleine! – Also, ich glaube, ob das jetzt infrastrukturelle Lösungen sind – ich hatte ja die Netzwerke angesprochen. Die Verbände haben ihre Entwicklung, die vielen Initiativen und Einrichtungen, es ist eine Riesenvielfalt, aber Vielfalt, das möchte ich auch ganz klar in Richtung Frau Radziwill sagen, heißt für mich nicht, alles hübsch wachsen lassen und zuschauen. Vielfalt heißt für mich wahrzunehmen: Wo drückt da im Einzelnen der Schuh, und wie kommen wir zu einer übergeordneten sinngebenden Struktur? Die Einzelnen mit ihren Partialinteressen anzuhören, zusammenzubringen und daraus dann etwas zu gestalten. Das ist zwar sicher ein großes Projekt, ein großer Wurf, ich weiß das, ich habe mir das in vielen Bundesländern angeschaut, aber die hatten unter dem Strich alle sehr viel Lernmöglichkeit, auch Freude an dem, was kam. Sie haben aber vor allem eins getan, Sie haben sich ausgetauscht: Was verstehe ich darunter? Was verstehen wir darunter? – Fortbildung kann auch ganz niederschwellig organisiert sein, nicht nur im klassischen Sinne dessen, was jetzt schon gesagt wurde: Wir brauchen das als Hintergrund für bürgergesellschaftliches Handeln.

Wir sind ja hier in einem Raum, wo wir auch unsere politischen Rollen ausüben, ich als Bürgerin, ich als Leiterin einer Landesfreiwilligenagentur oder ich als Anzuhörende in diesem Ausschuss – das sind ja schon mal drei sehr unterschiedliche Hüte. Und so sollten wir alle an der Stelle noch mal folgende Fragen beantworten. Wenn wir sagen, Berlin ist oder sollte eine Engagement- und Partizipationsstadt werden – es gibt doch jetzt diese schönen Labels, altersgerechte Stadt usw. –, dann lassen Sie uns doch klären: Wie sehen die Zuständigkeiten aus? – Ich verbringe sehr viel Zeit damit zu klären: Wer ist in der Senatskanzlei für bestimmte Dinge zuständig? Wer ist in der für mich wunderbarerweise auch zuständigen Senatsverwaltung für Soziales zuständig? Ich bekomme z. T. immer unterschiedliche Antworten. Das sind für mich Strukturthemen, mit Verlaub. Das sind auch Hausaufgaben, die gemacht werden müssen. Die Beteiligten, die ich gerade angesprochen habe, sind nicht diejenigen, die Schuld tragen, son-

dern ich glaube, es ist Teil des Systems, das wir in den letzten Jahren einfach so ertragen mussten.

Das andere ist die Frage: Wo tauschen sich die Fachverwaltungen aus? –, in allen Fachverwaltungen, in allen Ressorts. Ich hatte gerade mit Inneres – Katastrophenschutz – sehr viel Austausch, auch anlässlich der jüngsten Geschichte, und ich habe noch mal sehr viel gelernt, obwohl ich ja nicht ganz neu im Geschäft bin. Wo kommt der Austausch zwischen den unterschiedlichen Fachverwaltungen zustande? Gibt es noch mal einen neuen Wurf? Es gab eine AG Bürgergesellschaft, die in der letzten Legislaturperiode mehr oder minder eingeschlafen ist. Aber hier braucht es auch noch mal einen neuen Wurf.

Dann die Frage: Wie tauschen sich die Bezirke aus? Jeder Bezirk – Sie brauchen nur mal die Seiten zum Bürgerengagement im Internet aufzurufen, die die Bezirke haben – hat eine völlig andere Struktur. Wie sollen die untereinander zusammenkommen? Wie sollen sie auch miteinander kommunizieren? Haben die gemeinsame Werte? Haben wir ein gemeinsames Ziel?

Nicht zuletzt: Wie tauschen sich wiederum – ich sprach vorher von lokalen Netzwerken – die Bezirke mit ihren lokalen Bürgergesellschaften aus? Gibt es da überhaupt so etwas wie eine One-Stop-Agency? Diese netten neuen modernen Worte haben ja manchmal was in sich. Gibt es einen Ort, wo ich hingehen und sagen kann: Okay, bei der Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement in dem Bezirk erfahre ich jetzt etwas über den Bezirk. – Und die Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement geht zur Freiwilligenagentur und sagt: Okay, ich erfahre hier etwas über Zivilgesellschaft oder zum Ehrenamtsnetz –, oder wie auch immer. Also wo haben wir Spiegelungen einer Realität, die total dynamisch und sehr lebendig ist? Wie schaffen wir das? Berlin ist die größte Stadt in Deutschland. Sie besteht aus so vielen Bezirken, und jeder Bezirk ist in sich eine Großstadt. Wir müssen auch der Dimension dieser Stadt irgendwo Rechnung tragen. Das heißt für mich: Struktur, Entwicklung, Klärung und Einigung und auch, Mittel- und Langfristspektiven aufzubauen.

Das neue Wort, das jetzt in der Fachwelt diskutiert wird, ist Krisenresilienz. Wir haben wahn-sinnige Einbrüche erlebt. Das möchte eigentlich niemand, ob von behördlicher oder zivilgesellschaftlicher Seite, noch mal aushalten müssen. Ich glaube auch nicht, dass wir es gut aushalten würden. Ich glaube, dass sich da auch Unwille und Absage an Zusammenarbeit aufgebaut haben. Deswegen brauchen wir im Rahmen einer solchen Engagementstrategie auch eine Mittelfristplanung. Wir müssen uns einmal im Jahr sehen und sagen: Wer plant was, wer macht was? – Untereinander tun wir das nach Maßgabe schon, aber es gäbe weitaus einfachere Formen, wenn sie denn, das sage ich mal ganz klar, in der Verantwortung von staatlichen Akteuren in die Hand genommen würden, wenn eingeladen würde, sodass wir uns treffen können. Ich glaube, Sie haben heute erleben dürfen, dass wir „Fraus und Manns genug sind“, um uns dazu konzentriert und fachlich gut aufgestellt zu äußern und Dinge einzubringen. – Das noch mal dazu. Ich hoffe, ich habe da jetzt einige Punkte angesprochen.

Dann zur Frage: Wie vermeiden wir Missbrauch? – Freiwilligenagenturen sind ein Ansatz, um Missbrauch zu verhindern, indem wir abklären: Wer will was machen? Was war vorher die Aufgabe dieser bürgerschaftlichen Arbeit? – Da sind wir schon seit einigen Jahren eine Lösung.

Interkulturelle Öffnung: Wir haben z. B. im Rahmen einer dreijährigen Ausbildung der Freiwilligenagenturen zu Diversity Learning im Sinne von gesellschaftlicher Vielfalt sehr viel vorbereitet, und das Landesnetzwerk hat auch einen Bereich zum Thema IKÖ. Das ist eigentlich jetzt schon – habe ich auch am Gemurmel hier so mitgekriegt – Standard. Die Frage ist eher: Haben wir die Chance, so etwas auch noch stärker nach außen zu tragen? Können wir das tatsächlich – mit welchem Ansprechpartner – hier in der Stadt weiterentwickeln?

Infrastrukturausstattung bei der Feuerwehr: Ja, wir hatten den Besuch des Kollegen bei unserem Neujahresempfang. So etwas machen wir ja auch manchmal, solche gesellschaftlichen Ereignisse. Da war er, und wir sprachen über Ehrenamtskoordination in der Feuerwehr. Ich sage mal: Egal, wie tradiert oder wie frisch und jung eine Organisation aufgestellt ist, wenn sie sagt, sie möchte ihr Freiwilligenengagement fördern – das ist ja sogar bundesweit das Thema, gerade was Mädchen bei der Feuerwehr angeht –, sind wir gern dabei und organisieren uns untereinander. Das ist gar keine Frage.

Damit ende ich erst einmal. Mein Appell nach all dem, was schon von meiner Seite und von den Vorrednerinnen und Vorrednern unterstrichen worden ist: Wir brauchen eine strukturbildende Engagementpolitik.

Letzter Punkt, das hätte ich fast vergessen, die Ehrenamtskarte: Ich durfte fünf Jahre lang den Freiwilligen-Pass im Rahmen einer Kommission in seiner Startentwicklung begleiten und habe das als sehr hilfreich empfunden. Zivilgesellschaft und Staat waren da gleichmäßig, paritätisch vertreten und konnten damit das Instrument partizipativ mit guten gemeinsamen Ideen entwickeln. Ich glaube, der Freiwilligen-Pass läuft ziemlich gut, und die Ehrenamtskarte, glaube ich, auch. Man kann viele Fragen stellen – Anerkennung ist so individuell und subjektiv wie die Menschen, die sie bekommen. Der eine braucht ein BVG-Ticket, der andere freut sich über die Grußkarte, der dritte möchte politische Dimensionen durchsetzen. Hier würde ich auch eher dafür plädieren, dass wir ein partizipatives Instrument, ein Gremium schaffen. Sie merken, das wird ein bisschen arbeitsintensiver, aber ich glaube, das wäre jetzt der Punkt. Wenn wir es nicht schaffen – noch ein letztes Wort der Mahnung –, brechen auch Vorstellungen in sich zusammen. Es gibt dann nach meinem Eindruck irgendwann auch in Berlin einen Point of no Return – sagt der Segler –: Du hättest es bis dahin rumreißen können, aber irgendwann ist der Punkt überschritten, und es kommt zu viel Absage und zu viel Abklärung. Wie Sie schon sagten, geht nach soundso viel Jahren alles mal ein bisschen den Bach runter. Das passiert dann möglicherweise hier auch. Ich hoffe, wir können das verhindern.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Herr Dr. Kappelt!

**Dr. Olaf Kappelt** (Friedrich-Bödecker-Kreis in Berlin e. V. i. G.; Vorsitzender): Es ist viel Wichtiges und Gutes gesagt worden. Von der CDU-Fraktion kam die Frage: Wo liegen die Prioritäten? – Wenn man Partizipation und Bürgerengagement in Berlin einfordert, sind Lese- und Schreibkompetenz für mich ein Schlüssel für bürgerschaftliches Engagement. Ohne Lese- und Schreibkompetenz zu entwickeln, wenn sich das fortsetzt mit der Zahl, die ich genannt habe – ich habe mir ja nicht aus den Fingern gesaugt, dass eine halbe Million Berliner dem Analphabetismus zum Opfer gefallen ist –, kann sich das in der nächsten Generation ja noch verschlimmern. Die Flüchtlingszahlen, Frau Auricht, sind da nicht mit eingerechnet. Diese Zahlen, die ich genannt habe, hat die Stiftung Lesen ermittelt, unabhängig von den Ereignissen der Jahre 2015, 2016. Das kommt noch obendrauf. Deswegen würde ich beim bürger-

schaftlichen Engagement eine Priorität darauf setzen, die Lese- und Schreibkompetenz zu fördern.

Das geschieht natürlich parteipolitisch völlig unabhängig. Der Friedrich-Bödecker-Kreis – das kann ich dem Herrn mit den grünen Schuhen nur sagen – ist parteipolitisch neutral. Sie haben meine parteipolitische Präferenz angesprochen. Wenn neue Gruppierungen entstehen in der Demokratie – Demokratie ist nichts Statisches, und neue Gruppen und Parteien entstehen –, dann sollte man das akzeptieren. Im Bödecker-Kreis jedenfalls sind Mitglieder von den Linken, von der SPD und auch von der Union vorhanden, da sind alle Parteien vertreten. Wenn ich als Vorsitzender vielleicht eine andere Präferenz habe als Sie, dann gehört es zur Vielfalt im Land, das auch zu akzeptieren und Ehrenamt nicht womöglich nach Parteipolitik zu strukturieren oder als Reserve für parteipolitische Dinge zu sehen. Nach parteipolitischen Motiven sollte man Ehrenamt nicht bewerten.

Wir haben einen Förderantrag gestellt, erst einmal unverbindlich Kontakt aufgenommen, aber wie das so ist bei Behörden – das ist man ja auch in Berlin zunehmend gewohnt –, kriegt man selbst nach drei Monaten keine Antwort, noch nicht mal eine Eingangsbestätigung, nur telefonischer Art: Das liegt in der Mappe des zuständigen Referatsleiters. – Aber eine Antwort kommt nicht. Wenn man bürgerschaftliches Engagement fördern will, dann sollte man auch von der Verwaltung her im Auge haben: Wo wachsen da neue Pflanzen nach? –, und man könnte auf neue Institutionen wie z. B. den Bödecker-Kreis auch mal zugehen, wenn man sieht, da tut sich was, und nicht von vornherein sagen: Das lege ich erst mal in die Ablage XY.

Um das noch einmal zu betonen: Lese- und Schreibkompetenz zu fördern, halte ich für ein Schlüsselement für Partizipation und Bürgerengagement.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Herr Großmann!

**Lutz Großmann** (Landesbeauftragter der Freiwilligen Feuerwehren Berlins): Das war eine sehr umfassende Darstellung, und ich kann aus meiner Sicht viele Sachen nachvollziehen. Was ich hier vom linken Flügel – nicht parteipolitisch gemeint, aber von der Sitzordnung her – zur Kenntnis nehmen muss, erinnert mich stark an meine Tätigkeit der letzten sechs Jahre als Landesbeauftragter bei der Freiwilligen Feuerwehr. Es ist in der Tat so, dass das System Politik, Verwaltung, Ehrenamt höchst defizitär ist. Als ich diese Funktion 2012 übernommen habe, befand sich die Freiwillige Feuerwehr in relativ freiem Fall. Wir hatten keinerlei politischen Rückhalt. Ich will nicht das Wort „ausgenutzt“ benutzen, wir haben unsere Arbeit gemacht, wir haben funktioniert, mussten uns aber fragen: Wo bleibt die Unterstützung? – Wir haben lange gekämpft, wir haben es auch schlussendlich mit Zustimmung des Landesbranddirektors geschafft, den Landesbeauftragten im Feuerwehrgesetz zu verankern, allerdings nicht in dem Maße, wie wir oder der Landesbeauftragte es gern hätten. Der wollte natürlich, dass die Probleme der Freiwilligen Feuerwehr auf Augenhöhe mit der Behördenleitung ausdiskutiert werden können. Wir haben jetzt nur – in Führungsstrichen, darauf sind wir aber auch sehr stolz – ein Beteiligungsprozedere zu durchlaufen, müssen allerdings nicht berücksichtigt werden und müssen auch nicht erklärt bekommen, warum wir nicht so bedacht werden, wie wir das als Ehrenamtler gern hätten. Das ist also ein langer Kampf.

Die Frage stand im Raum, ob man hier Blaupausen aufbauen könnte. Wir haben eine feste Struktur, in der wir uns bewegen. Deswegen sind viele Themen, die das Ehrenamt betreffen, völlig d'accord, aber wir haben natürlich andere Rahmenbedingungen. Da hängen wir drin, und wir wollen auch eine Aufgabe erfüllen. Das greift auch in die Thematik ein: Inwieweit ist die Freiwillige Feuerwehr – das kommt ja auch ab und zu mal hoch – ein Konkurrenzunternehmen der Berufsfeuerwehr? Da können manche ja auch die Milch nicht richtig halten! – Ich kann dazu nur sagen: Wir als Ehrenamtler sind in den Ortsteilen, wo die Freiwilligen Feuerwehren verbunden sind, groß geworden. Das ist ein fester Standort in diesem Ort, und die Freiwilligen haben da seit über 100 Jahren in ihrem Bereich Feuer gelöscht und Hilfe geleistet. So halten wir das auch weiterhin, auch wenn stellenweise die Frage gestellt wird – auch zu Recht, das möchte ich hier nicht mindern –: Warum wird nicht eine Berufsfeuerwehr geschickt, wenn die doch 500 Meter weiter ist und bezahlt wird? – Das ist natürlich eine Sache, die wir gemeinsam tragen müssen, und die wird auch innerhalb der Behörde getragen, denn wenn wir das nicht tragen würden, würde das Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr schlicht und ergreifend aussterben, denn diesen Wettlauf mit Berufsfeuerwehrleuten, die sich zum Fahrzeug eine Etage tiefer bewegen und rausfahren, können wir nicht gewinnen. Wir kommen von zu Hause, wir kommen von der Arbeit, des Nachts liegen wir im Bett und schlafen wie jeder rechtschaffene Bürger, und da ist es nach meiner Auffassung schon eine sehr starke Leistung, dass so eine Freiwillige Feuerwehr mit dem Fahrzeug nach vier Minuten ausrückt, wenn die Leute nachts aus dem Bett aufstehen, zur Feuerwache fahren und dann ihre Einsatztätigkeit aufnehmen.

Insofern ist das eine wichtige Struktur, die wir haben. Ich will auch nicht sagen, sie behindert uns, aber das große Problem ist: Die ehrenamtliche Expertise wird nicht wahrgenommen. Man hört uns, aber in der Endsumme stellt man fest, auch auf Juristenebene – ich möchte mich nicht gegen Juristen aussprechen, ich habe sehr gute Freunde, die Juristen sind –: Die verbrämen gewisse Formulierungen, die aus ihrer Sicht vielleicht richtig sind, aber nun doch das Ehrenamt nicht so fördern, wie wir es gern hätten. Es ist ein langer Weg. Die Politik muss dazulernen. Wir haben erfahren, dass letztendlich auch die Politik gegenüber der Behörde, gegenüber der Verwaltung Druck aufgebaut und gesagt hat: Was ist da los? Wir müssen da was machen. Irgendwie hängen die Kameradinnen und Kameraden da in der Luft und brauchen Unterstützung. – Für uns ist es wichtig, dass wir Rahmenbedingungen haben, wo wir sicher arbeiten – das war jetzt auch die Frage am Breitscheidplatz –, weil natürlich jeder Einsatz, zu dem die Kameradinnen und Kameraden rausfahren, auch eine lebensbedrohliche Situation darstellt. Wir können nicht anhand von Einsatzstichworten, wie es auch am Breitscheidplatz war – ich sage mal, Verkehrsunfall – errahnen, dass es ein Terroranschlag oder ein Einsatz mit terroristischem Hintergrund ist. Das wird von uns ja nicht festgelegt, wir nehmen ja nur auf: Was ist dort geschehen? – Wenn man zu einem solchen Szenario fährt, wie es da vorgeherrscht hat, geht man im ersten Moment davon aus, es ist ein Verkehrsunfall, zwar mit einer sehr großen Anzahl von Toten und Verletzten, aber in dem Fall sprach noch nichts dafür, dass es einen terroristischen Hintergrund hatte. Ableiten tut sich für uns – das ist auch eine Frage der Vorbereitung nicht nur der Freiwilligen Feuerwehr, sondern auch der Berufsfeuerwehr –, dass wir in dem Moment gar nicht erkennen können, ob aus dieser Einsatzsituation noch eine weitere Bedrohung für die Einsatzkräfte entsteht, sprich: Folgeerscheinungen, die dann auch Leib und Leben der Einsatzkräfte bedrohen, nicht nur der freiwilligen Kameraden. Insofern sind wir da einsatztechnisch sehr gut aufgestellt, haben allerdings das Problem – das resultiert aus solchen Situationen –, dass man bei der Aufnahme eines solchen Notrufs nicht erkennen kann, was sich dahinter verbirgt. Das Problem ist, dass je nachdem, wo sich

diese Einsatzstelle befindet, durchaus auch Freiwillige Feuerwehren im ersten Abmarsch dahin fahren. Wir haben Bereiche, da fahren zwei, drei Freiwillige Feuerwehren zu einem Einsatzszenario, weil sie für diese Bereiche zuständig sind, und dann kann man davon ausgehen, dass die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr als Erste vor Ort tätig werden. Die Einsatzfähigkeit war ein Teilaspekt unserer Tätigkeit dort am Breitscheidplatz. Wir haben natürlich auch im rückwärtigen Raum viel geleistet für diesen Einsatz, sprich: Koordination, Abstimmung mit dem Lagedienst, die Besetzung der entblößten Berufsfeuerwachen, die Sicherstellung des täglichen Einsatzgeschehens und, und, und. Das ist der Hauptansatz, den wir dabei leisten.

Darüber hinaus haben wir als Freiwillige – da ist wieder Ehrenamt vorneweg – uns auch nachher an der großen Aufarbeitung, der Einsatznachsorge beteiligt. Auch da waren freiwillige Kameraden federführend, obwohl man ja in so einer Behörde meint, da kann man sich an den Rockzipfel hängen. Aber man hat in dem Moment auf die Expertise der Kameradinnen und Kameraden zugegriffen, die berufsmäßig – nicht innerhalb der Behörde – damit zu tun haben, ob es bei der Bundeswehr ist oder woanders. Die haben diese Expertise mitgebracht und gesagt: Gut, dann machen wir mal was für unsere Kameraden. – Das wurde natürlich dankend angenommen. Insofern ist das eben, wie es so ist: Man muss miteinander können. Das können wir auch. Aber es gibt sicherlich auch immer Punkte, die die Gemüter hochkochen lassen.

Es gab noch die Frage zum Nachwuchs. Wir haben 47 Jugendfeuerwehren, sprich: Auf fast jede Freiwillige Feuerwehr kommt eine Jugendfeuerwehr. Die Jugendfeuerwehr hat eine Gesamtstärke von 1 320 Jungen und Mädchen und separat allein 212 Jungen und Mädchen oder schon junge Damen, die sich da engagieren. Das ist für die Freiwillige Feuerwehr ein ganz wichtiges System, aus dem wir dann unsere Jugendarbeit und auch unseren Nachwuchs organisieren. Ohne dem würde die Freiwillige Feuerwehr nicht existieren, und umso schwerer ist es für den Landesbeauftragten, der vor Jahren schon mal gefragt hat: Wie sieht es aus mit Werbung für das Ehrenamt? – In Bayern sieht man das so schön, da fahren Busse, auf denen eine Feuerwehr aufgeklebt ist mit dem Slogan: Kommt zur Freiwilligen Feuerwehr! – In Berlin sieht man nur Aufkleber für Ausbildungsstränge der Berufsfeuerwehr. Da haben wir mal den Vorschlag unterbreitet, ob man das machen kann. Es wurde wohlwollend geprüft, eine Antwort hat der Landesbeauftragte bis heute nicht bekommen. Der Schmerz ist noch größer, wenn ich in mein Büro fahre. Da ist eine große Werbetafel, da sehe ich immer die Helferinnen und Helfer des THW, weil das THW bundesweit Werbung betreibt. Das ist jetzt kein Futterneid, ich will nur sagen: Das geht ja auch! Wenn man auf die Kompetenz und das Ehrenamt zurückgreifen will, muss man dafür was tun.

Dann gab es noch die Frage zur Ausbildung bei der Freiwilligen Feuerwehr. Ja, da hängen wir auch so ein bisschen am Rockzipfel. Wir wurden irgendwann mal mit der Ausbildung aus der Feuerwehrakademie ausgelagert. Wir mussten uns da reorganisieren, wir haben das Problem halbwegs lösen können. Es fallen immer noch teilweise Lehrgänge aus, die auch die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren betreffen. Aber auch da ist es wieder so: Ehrenamt hilft Ehrenamt. Wir haben in unseren eigenen Reihen Kameraden rekrutiert, die jetzt sagen: Okay, wir machen eine Ausbildung, damit die Freiwillige Feuerwehr ausgebildet werden kann. – Wir haben ein bundesweit existierendes System zur Anmeldung an Feuerwehrlehrgängen übergestülpt bekommen. Das kommt bundesweit von der Polizei, wurde ein bisschen überarbeitet für die Berufsfeuerwehr, und die Freiwillige Feuerwehr hängt hintendran mit der

Maßgabe: Wenn ein Wehrleiter seine 16 Kameraden zur Atemschutzausbildung anmelden will, kann er das nicht machen. Da muss sich jeder Kamerad einzeln anmelden – also alles ehrenamtsunfreundlich in der Summe. Aber das System steht, und man kann es nicht ändern, weil, wie gesagt, das nicht mal die Feuerwehr entscheidet, hier was zu beschaffen.

Wir haben die Schnittstelle – das war die Frage. Das sind natürlich der Landesbranddirektor und der Landesbeauftragte, die sich da kommunikativ kurzschließen: Wo geht die Reise hin? – Wir haben ganz stark das Problem bei der Feuerwehr, dass wir ständig auf gesellschaftliche Schwankungen reagieren müssen, und die Freiwillige Feuerwehr hängt immer mit dran. Ich nenne das Stichwort: steigende Einsatzzahlen im Rettungsdienst. Diese fehlenden Rettungswagen werden in den Außenbezirken, wo ja die meisten Freiwilligen Feuerwehren sind, auch durch Ersatzgestaltung von Löschfahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehr kompensiert. Das schießt natürlich die Einsatzzahlen nach oben. Wir haben Freiwillige Feuerwehren, die im Jahr 1 200 Einsätze haben und davon 600 Ersatzgestellungen für einen Rettungswagen. Das machen wir natürlich, weil der Bürger vornan steht mit seinen Problemen. Es wird berlinweit daran gearbeitet von der Behörde, von der Innenverwaltung, dieses Problem zu lösen, aber man läuft den neuen Entwicklungen immer ein Stück hinterher. Wenn man ein System hat, das jetzt gangbar wäre, dann sind schon wieder die Einsatzzahlen ein ganzes Stück weiter. Also das ist wirklich ein nicht einfach nachzuvollziehender Prozess.

Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit würde ich fast aufhören, ich habe nur noch den Hinweis: Auch wir haben uns natürlich mit der interkulturellen Öffnung beschäftigt, nicht zuletzt auch aufgrund eines Arbeitsauftrags des Abgeordnetenhauses. Ich als Landesbeauftragter hatte schon am 15. Dezember einen Termin beim Landesbeirat für Integration, wo ich die Freiwillige Feuerwehr vorgestellt habe und wir auch darüber gesprochen haben, inwieweit man die Kameradinnen und Kameraden in ihren Funktionen auch, ich sage mal, ertüchtigen könnte durch Bürger, die sich hier integrieren wollen und durch uns auch Hilfe erfahren haben. Da haben wir ein Konzept erarbeitet. Das ist ans Abgeordnetenhaus zurückgegangen, und nun warten wir, inwieweit die politischen Nachfolgesysteme daran festhalten oder ob man das neu bewerten wird. Insofern danke ich noch mal, und ich werde auch gern den Dank der einzelnen Fraktionen an meine Kameradinnen und Kameraden weiterleiten. – Schönen Dank!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Mit Blick auf die Uhr schließe ich die Aussprache. Ich schlage vor, dass wir es machen wie immer, nämlich dass wir den Tagesordnungspunkt vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt, und dann noch eine Auswertung auf die Tagesordnung setzen, wenn wir das wollen. Ist das in Ordnung? – Okay!

Ich möchte mich bei allen bedanken, die da waren. Sie können jetzt natürlich auch gehen, Sie müssen nicht warten, bis wir den Punkt 3 behandelt haben. Ich hoffe, dass wir im Gespräch bleiben und dass Sie auch untereinander im Gespräch bleiben. – [Beifall] –

### Punkt 3 der Tagesordnung

#### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.